

Peter Erler

Die Gefängnisse der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin als Standort- und Strukturelemente der Repressionstopographie in der SBZ und der frühen DDR.

Erstveröffentlichung im „Berlin in Geschichte und Gegenwart“. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2021, S. 187-220.

Ab Ende April 1945 begannen in den von der Roten Armee okkupierten mitteldeutschen Gebieten die sowjetischen Geheimdienste mit vorbereiteten und zielgerichteten Verhaftungsaktionen unter der Zivilbevölkerung. Diese repressiven Maßnahmen waren hinsichtlich der Zielgruppen differenzierter angelegt, als in den ostdeutschen Gebieten jenseits der Oder/Neiße-Linie. Aus der Perspektive zeitgenössischer Beobachter nahmen sie dennoch ein erschreckendes Ausmaß an.¹

Insgesamt wurden auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR bis 1955 schätzungsweise 200.000 deutsche Zivilisten eingekerkert und interniert. Von diesen wurden allein etwa. 35.000 durch sowjetische Militärtribunale (SMT) und durch Sonderberatungen (Osoboje Soveschanje - OSO) zu langjährigen Haftstrafen oder wie in 3.000 Fällen zum Tod durch Erschießen verurteilt.²

Dieser Personenkreis war existentiell von einer Okkupationspolitik betroffen, bei der sich radikale und oft willkürliche Maßnahmen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit und der selektiven Verfolgung von Unterstützern des Nationalsozialismus zunehmend mit zielgerichteten Aktivitäten bei der Transformierung der ostdeutschen Gesellschaft nach sowjetischem Vorbild verschränkten.³ Zur Durchsetzung ihrer besatzungsspezifischen und politischen Ziele griff die östliche Siegermacht auf Methoden und auf Terrorpraktiken zurück, die für die Stalinsche Sowjetunion systemimmanent waren und dort zum Alltag der Repressivorgane gehörten.⁴

Die verhafteten Personen durchliefen in der Regel mehrere Haftanstalten auf deutschem Boden, häufig aber auch im heutigen Polen und in der Sowjetunion. Zunächst kamen sie nach

¹ Zu den angenommenen Verhaftungszahlen siehe zum Beispiel: Hermann Just, Die deutschen Konzentrationslager auf deutschem Boden 1945–1950. Hrsg. von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. o. O. (Berlin-West) 1952, S. 46.

² Bert Pampel, Valerian Welm, Die Russische Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Repression seit 1992, in: <http://h-und-g.info/forum/schwerpunkt-5/21-russland>.

³ Bezugnehmend auf vielfache anderslautende Behauptungen in der Literatur, sei hierzu prinzipiell angemerkt, daß die Repressionspraxis der sowjetischen Geheimpolizei in der SBZ weder als eine zielgerichtete und konsequente Entnazifizierungsmaßnahme, noch als vorab geplante soziale Prophylaxe charakterisiert werden kann.

⁴ Ähnlich verfuhr die sowjetische Geheimpolizei 1939-41 in Ostpolen, im Baltikum und in Bessarabien. Bogdan Musial: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941. München 2000, S. 82 ff.

ihrer Verhaftung in die Arrestlokale, Untersuchungsgefängnisse und Verhörzentralen der sowjetischen Geheimpolizei und Sicherheitsdienste - Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD)⁵, Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB)⁶, ab 1946 Ministerium für Staatssicherheit (MGB)⁷, und Hauptverwaltung Spionageabwehr „Smersch“ („Tod den Spionen“) beim Volkskommissariat für Verteidigung. In diesen Haftenrichtungen wurden sie in äußerst brutaler Form mit den damals gängigen Herrschaftspraktiken des Sowjetkommunismus, mit seinem Sicherheitsapparat und Justizwesen sowie mit dessen Kadern konfrontiert. Der Zwangsaufenthalt in diesen Gewahrsamseinrichtungen war geprägt von äußerst extremen Haftbedingungen und drastischen Verhörmethoden. Zur Erpressung von Geständnissen und falschen Aussagen kamen Zwang und Folter zum Einsatz. Diese erlittene Form der „Untersuchungshaft“ hinterließ bei den überlebenden Betroffenen oft große seelische und körperliche Verletzungen.⁸

Weitere Stationen einer oft jahrelangen Odyssee waren nach der Vernehmungsphase und eventueller Verurteilung für die überwiegende Mehrheit der Gefangenen sogenannte Speziallager des NKWD/Innenministerium (MWD)⁹. Viele Frauen und Männer mit einem sowjetischen Urteil, aber auch eine größere Gruppe der Internierten, mussten einen Teil ihrer Leidenszeit in Internierungs-, Kriegsgefangenen- beziehungsweise Strafarbeitslagern der Sowjetunion oder ab 1950 in Zuchthäusern der DDR verbringen.

Universitäre Einrichtungen, Gedenkstätten und Initiativen von Betroffenen haben sich seit Beginn der neunziger Jahre schwerpunktmäßig mit der zweiten Gewahrsamsphase und hier insbesondere mit den sowjetischen Speziallagern befasst und diesbezüglich einen anerkannten Aufarbeitungs- und Erkenntnisstand erreicht.¹⁰ Grundlegende Forschungsarbeiten und Dokumentationen liegen mittlerweile auch über die verurteilten Zivilisten vor.¹¹ Prekär ist

⁵ Russische Abkürzung für Narodny komissariat wnutrennych del.

⁶ Russische Abkürzung für Narodny komissariat gossudarstwennoi besopasnosti. Dem NKGB waren zum Beispiel die Operativen Gruppen bei den Eisenbahntrouppen der Hauptverwaltung Militärverbindungen der Roten Armee unterstellt.

⁷ Russische Abkürzung für Ministerstwo gossudarstwennoi besopasnosti.

⁸ Klaus-Dieter Müller, Annegret Stephan (Hrsg.), Die Vergangenheit läßt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998.

⁹ Russische Abkürzung für Ministerstwo wnutrennych del.

¹⁰ Zum Beispiel: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch, Bd. 1: Studien und Berichte. Hrsg. und eingeleitet von Alexander von Plato, Berlin 1998; Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Hrsg. dies., Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel, Berlin 1998.

¹¹ Zum Beispiel: Andreas Hilger, Mike Schmeitzner, Ute Schmidt (Hrsg.), Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 17/2), Köln, Weimar, Berlin, 2003; „Erschossen in Moskau...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950-1953. Hrsg. von Arsenij Roginskij, Frank Drauschke und Anne Kaminsky im Auftrag von Memorial International, Moskau, Facts & Files – Historisches

dagegen nach wie vor die Situation hinsichtlich der sowjetischen Untersuchungshaftanstalten. Hier existiert immer noch ein großes Wissens- und Publikationsdefizit.

Der folgende Beitrag soll zur Schließung dieser Forschungslücke beitragen. Er dokumentiert die die Genese, die Entwicklung und die Liquidierung der sowjetischen Gefängnisstrukturen in der ehemaligen Reichshauptstadt. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf der Standortentwicklung und der Lokalisierung der Haftstätten im Berliner Stadtbild.

1. Struktur und Wirken der sowjetische Geheimdienstapparate in der SBZ

Die ersten Hafteinrichtungen für deutsche Zivilisten westlich der Oder-Neiße-Linie entstanden während der Großoffensive der Roten Armee auf Berlin im April 1945. In den folgenden Wochen und Monaten überzogen die sowjetischen Geheimdienste das eroberte Gebiet mit einem engmaschigen Netz aus Arrestlokalen und Untersuchungsgefängnissen. Glaubt man den vielfach überlieferten Zeitzeugenberichten, so gab es während der ersten Wochen der Besatzungszeit in fast jeder größeren Häuseransammlung entsprechende Gewahrsamsräume. Sie gehörten zunächst zum Verantwortungsbereich der NKWD-Bevollmächtigten bei den Fronten. Diese aus der Sowjetunion abkommandierten hochrangigen Geheimdienstmitarbeiter leiteten und koordinierten die „Säuberung“ des Hinterlandes der Roten Armee von „feindlichen Elementen“. Als normative Grundlage ihres Vorgehens galt der vom Volkskommissar für Inneres Lawrenti P. Berija erlassene berüchtigte Befehl Nr. 00315, der verschiedene Personengruppen wie zum Beispiel „aktive Mitglieder der NSDAP“, „Führer der faschistischen Jugendorganisationen“, „Leiter administrativer Organe“, „Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure“, „Angehörige der Gestapo, des SD¹² und anderer deutscher Terrororgane“ auflistete, deren Angehörige pauschal in Verwahrung genommen werden sollten.¹³

Die Verhaftungen nahmen als Operativgruppen oder im internen Sprachgebrauch verkürzt als Operativgruppen bezeichnete Einheiten vor. Nach der Kapitulation des NS-Regimes und der Bildung der Sowjetischen Militäradministration (SMA) am 6. Juni 1945 wurden alle in den zivilen Kommandanturbereichen agierenden Operativgruppen in der SBZ und deren

Forschungsinstitut Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 3. Vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 2008; Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944-1947). Eine historisch-biographische Studie. Hrsg. von Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller, Thomas Schaarschmidt und Mike Schmeitzner (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Hrsg. von Günther Heydemann, Bd. 56), Göttingen, Bristol 2015.

¹² Sicherheitsdienst des Reichsführers SS.

¹³ Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 vom 18. April 1945 „Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945, in: S. Mironenko, L. Niethammer, A. von Plato, Speziallager, Bd. 2, (wie Anm. 10), S. 178/79.

Gefängnisse dem nunmehrigen NKWD-Bevollmächtigten bei der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte (GSBS) in Deutschland, Generaloberst Iwan A. Serow, unterstellt. Der erfahrene Tschekist, der gleichzeitig stellvertretender Chef der SMA für Zivilangelegenheiten war, organisierte die Tätigkeit der von ihm kommandierten, zunächst etwa 800 Geheimdienst- und Geheimpolizeimitarbeiter, nach dem Territorialprinzip.¹⁴ In den ostdeutschen Ländern/Provinzen und Berlin entstanden ab Juni 1945 sechs Operativsektoren, auch „Opersektoren“ genannt. Diese wiederum waren in Bezirke und Kreise untergliedert. Auf allen diesen Ebenen agierten unterschiedlich große Operativgruppen. Die kleinsten von ihnen bestanden aus vier bis acht Offizieren, mehreren Dolmetschern und etwa zehn Soldaten der Inneren Truppen des NKWD.¹⁵ Zum Aufgabenbereich letzterer gehörte auch die Bewachung der Haftstätten und die Eskortierung von Gefangenentransporten.¹⁶

Der Apparat des NKWD-Bevollmächtigten war dezentral untergebracht. Serow selbst und ein Teil seiner Mitarbeiter residierten in der Wilhelmstraße 29 (heute Alt Nowawes) in Babelsberg. Die Offiziere der deutschlandzentralen Ermittlungsgruppe übten ihr „Handwerk“ gemeinsam mit ihren Kollegen vom Operativsektor des Landes Brandenburg, der in der Villa Ingenheim in der Zeppelinstraße 77 seinen Sitz hatte, im Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstraße 54/55 aus.

Bis Anfang Januar 1946 wuchs in der SBZ der expandierende NKWD-Apparat auf 2.230 Tschekisten an. Zu diesem Zeitpunkt waren sie in sechs Operativsektoren sowie in 18 Bezirks- und 170 Kreisoperativgruppen tätig.

Außerdem existierten Operativgruppen mit Sonderaufgaben. In Berlin gehörten dazu etwa die Gruppe für Bandenbekämpfung oder zur Fahndung nach emigrierten georgischen Nationalisten. Hinzu kamen spezielle Operativgruppen bei der Sächsischen Bergbauverwaltung „Wismut“ und weitere Gruppen in den sowjetischen Speziallagern ab 1947.

Für die Unterbringung der verhafteten Personen standen Anfang 1946 in den Sektoren und Bezirken 15 „Innere Gefängnisse“ zur Verfügung. Auf der untersten Verwaltungsebene in

¹⁴ Siehe ausführlich: Jan Foitzik, Nikita W. Petrow, Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953 (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 17), Berlin, New York 2009; Nikita Petrow, Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954, Berlin 2010; N. W. Petrow, Wer diente in den sowjetischen Organen der Staatssicherheit in Deutschland 1945-1954. Ein Nachschlagwerk, Moskau 2017 (russisch).

¹⁵ Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 477.

¹⁶ Siehe: Verfügung des Bevollmächtigten des NKWD in Deutschland Generaloberst Serow Nr. 002465 vom 27. August 1945, in: J. Foitzik, N. Petrow, Geheimdienste, (wie Anm. 14), S. 156/157. Bis zum 23. Oktober 1945 trugen diese Einheiten die Bezeichnung „NKWD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes der Gruppe der sowjetischen Besatzungsstreitkräfte in Deutschland.“ Im Januar 1947 wurden sie dem MGB unterstellt.

Städten und in Kreisen existierten 131 kleinere Untersuchungsgefängnisse, sogenannte Untersuchungshafträume (russisch kamery predwaritelnowo sakljutschenija)¹⁷. Im behördeninternen Schriftverkehr der sowjetischen Geheimdienste figurierten sie unter dem Kürzel „KPS“. Ab Juni 1946 wurde die Anzahl der SMAD-Bezirksverwaltungen und in diesem Zusammenhang auch die Operativen Bezirksgruppen auf 12 reduziert.

Die auf den verschiedenen administrativen Ebenen wirkenden Operativgruppen waren aus Gründen der Tarnung zunächst formal in den Apparat der SMAD eingebunden.¹⁸ Nach außen hin waren sie nicht speziell gekennzeichnet und konnten von der deutschen Bevölkerung in der Anfangsphase der Besetzung nicht von den lokalen Militärkommandanturen unterschieden werden. Vielfach wurden sie mit diesen verwechselt oder gleichgesetzt.

Diese Wahrnehmungen wurden dadurch gestützt, dass auch im Rahmen des Kommandantur- und Patrouillendienstes im größeren Umfang Verhaftungen stattfanden. Die Hauptwachen und KPS der Kommandanturen, die auf Landesebene den stellvertretenden SMA-Chefs für Zivilverwaltung unterstanden, waren ständig mit deutschen Zivilisten belegt¹⁹, denen man Verstöße gegen Befehle und Anordnungen der Besatzungsmacht unterstellte. 1946 waren davon allein 108.354 Personen betroffen. 15.088 von ihnen wurden wiederum in die Gefängnisse der geheimpolizeilichen Operativgruppen überstellt.²⁰

Eine vergleichsweise geringe Anzahl von sowjetischen Gefängnissen und Verhörzentren in der SBZ gehörte zur Struktur der militärischen Spionageabwehr „Smersch“. Dieser selbständige Armeegeheimdienst unterstand – organisiert als eine Hauptverwaltung – unmittelbar dem Volkskommissariat für Verteidigung Josif W. Stalin. In Ostdeutschland waren die „Smersch“-Abteilungen und die dazugehörigen Operativgruppen auf der Ebene der Armeen, Korps, Divisionen und Brigaden organisiert. Die Verwaltung Spionageabwehr bei

¹⁷ Siehe: Militärwörterbuch. Russisch-Deutsch, Berlin-Ost 1979.

¹⁸ Vladimir Sacharow, Dimitrij Filippowych, Michael Kubina, Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949), in: Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Hrsg. von Manfred Wilke (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), Berlin 1998, S. 301. Die Operativgruppen und ihre Mitarbeiter wurden auch von der SMAD finanziert. Ebd., S. 311.

¹⁹ In diesem Zusammenhang kam es nicht selten vor, dass auch die Arrestzellen der deutschen Polizei von den Kommandanturen in Anspruch genommen wurden. Davon zeugt beispielsweise der Monatsbericht der Inspektion Prenzlauer Berg vom 3. Juni 1948. Darin heißt es: „Dem Polizei-Revier 61 [Diesterwegstraße 1/Ecke Danziger Straße] werden laufend zwangsgestellte Personen von der russischen Bezirks-Kommandantur [in der Prenzlauer Allee 63] zugewiesen, mit der Anordnung, dieselben bis zum Abruf festzuhalten. Es kommt sehr häufig vor, dass derartige Personen mehrere Wochen auf dem Polizeirevier verbleiben müssen. Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 303/9, Nr. 24, Bl. 15 RS. Siehe auch: Andreas Herz, Wolfgang Fiege, Haft und politische Polizei in Thüringen 1945-1952. Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Hrsg. vom Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2002, S. 57.

²⁰ W. W. Sacharow, D. N. Filippowych, M. Heinemann, Materialien zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Wissenschaftliches Nachschlagewerk, 2. Auflage (Gewaltstrukturen der SMAD), Moskau 1999 (russisch), S. 258.

der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBD) (02475)²¹ siedelte sich in einem Sperrgebiet (Militärstädtchen Nr. 7) in der Nauener Vorstadt in Potsdam an. Ihr Stabsquartier befand sich im Gebäude der ehemaligen „Kaiserin-Augusta-Stiftung“ in der Albrechtstraße 19-24 (heute Am Neuen Garten 30-32).²²

Wie so oft bei Geheimdienststrukturen eines Landes herrschte auch zwischen den Operativgruppen des NKWD und den „Smersch“-Einheiten eine permanente Rivalität. Obwohl die militärische Spionageabwehr eigentlich einen anderen Aufgabenschwerpunkt hatte, konkurrierte sie mit den NKWD-Organen unter anderem auch bei der massenhaften Verhaftung deutscher Zivilisten. Die institutionellen Spannungen zwischen beiden Diensten wurden zusätzlich noch durch das interne Machgerangel und die starken persönlichen Antipathien zwischen Serow und dem „Smersch“-Chef Wiktor S. Abakumow angeheizt.²³ Im Gegensatz zu den Bestrebungen Serows, einen zentralen, von ihm geleiteten Geheimdienstapparat für die SBZ aufzubauen, weigerte sich Abakumow, die Führung und Aufsicht der dort agierenden „Smersch“-Operativgruppen und deren Untersuchungsgefängnisse an den NKWD-Bevollmächtigten abzutreten. An einer Konzentration der sicherheitspolizeilichen und geheimdienstlichen Befugnisse in Deutschland beim NKWD war auch Stalin nicht interessiert. Er favorisierte zunächst das Modell zweier miteinander konkurrierender und sich gegenseitig kontrollierender Strukturen.

2. NKWD, „Smersch“ und Co. in Berlin

Noch vor dem Sturm der Roten Armee auf Berlin ließ Serow von dem ihm unterstellten „Smersch“-Generalleutnant Aleksandr A. Wadis die Reichshauptstadt in 20 operative Abschnitte einteilen. Am 22. April 1945 wurden die dazugehörigen Operativgruppen mit jeweils 10 bis 15 Mitarbeiter gebildet.²⁴

Ihre Nummerierung deckte sich mit der des jeweiligen Verwaltungsbezirkes, in dem ihr Hauptwirkungsbereich lag. So operierte beispielsweise die 4. Operativgruppe im Stadtbezirk

²¹ Hier und im Folgenden in Klammern jeweils die Feldpostnummern der erwähnten Geheimdienst- und Militärstrukturen.

²² Siehe unter anderem: SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949. Hrsg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan, München 2009, S. 73 ff.

²³ Nikita Petrov, General Ivan Serov – der erste Vorsitzende des KGB, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, Heft 2/1998, S. 176 ff.; ders., Der erste Vorsitzende des KGB. Iwan Serow, Moskau 2005, S. 43 ff. (russisch); Iwan Serow, Aufzeichnungen aus dem Koffer. Die geheimen Tagebücher des ersten Vorsitzenden des KGB aufgefunden nach 25 Jahren nach dessen Tod, Moskau 2017 (russisch), S. 290 ff.

²⁴ Plan zur Organisierung der operativen Gruppen der Verwaltung Gegenspionage „Smersch“ der 1. Weißrussischen Front für Berlin und seine Vororte vom 22. April 1945, in: Die Organe der Staatssicherheit der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg. Sammlung von Dokumenten. Bd. 6, Moskau 2014 (russisch), S. 411/12. Die komplette Operativgruppe Nr. 19 (Pankow) unter Major Viktor I. Sadradse wurde am 2. April 1945 bei einem deutschen Gegenangriff aufgegeben und musste neuformiert werden.

Prenzlauer Berg, die 5. Gruppe in Friedrichshain und die 16. in Köpenick. Angeleitet und koordiniert wurden sie von einer Zentralen Operativgruppe (ZOG). Als deren Chef fungierte zunächst Generalmajor Grigori A. Melnikow und ab der zweiten Maihälfte 1945 Generalmajor Alexej M. Sidnew, der wie sein Vorgänger auch ein „Smersch“-Kader der 1. Belorussischen Front war.²⁵

Der Apparat der ZOG, der mit der Formierung der Operativsektoren im Juni 1945 als Zentraler Operativsektor (ZOS) (03910)²⁶ bezeichnet wurde, war anfangs in der Prinzenallee 80 (heute Einbecker Straße 41) in Berlin-Friedrichsfelde stationiert.²⁷

Eine weitere zentrale NKWD-Operativgruppe, bestehend aus zwei Unterabteilungen, wurde beim Stab der zur 1. Belorussischen Front gehörenden Verwaltung der NKVD-Truppen zum Schutz des Hinterlandes gebildet. Sie nahm am 3. Mai 1945 im Zentrum Berlins ihre Tätigkeit auf. Ihr gehörten neben sowjetischen Geheimdienstoffizieren auch zwölf deutsche Agenten an. Geleitet wurde sie bis 1946 vom stellvertretenden Chef der Aufklärungsabteilung der Inneren Truppen Oberst Iwan Antonjuk.²⁸

Auf Weisung der Besatzungsmacht mussten sich insbesondere in den ersten Nachkriegsmonaten auch die neu formierten und gesäuberten deutschen Polizeikräfte an den Überprüfungen und Verhaftungen von NS-Aktivisten, von Mitarbeitern der unterschiedlichsten Verwaltungs- und Regierungsdienststellen sowie von anderen vermeintlich belasteten und verdächtigen Zivilisten beteiligen. In Berlin waren die entsprechenden Personenkategorien unter anderem in geheimen Rundschreiben der Polizei-Inspektionen aufgelistet, die noch detaillierter und umfassender als der Berija-Befehl Nr. 00316 angelegt waren.²⁹ Die „Hilfsdienste“ für die sowjetische Geheimpolizei banden im Sommer 1945 einen beträchtlichen Teil des Personalbestandes der Schutzpolizei. Wie zum Beispiel die Polizei-Inspektion Köpenick an ihre vorgesetzte Dienststelle meldete, nahm „das

²⁵ N. Petrow, Geheimdienstmitarbeiter (wie Anm. 14), S. 13.

²⁶ Nach ihrer Übernahme durch das MGB erhielt die ZOS am 3. Oktober 1946 die Feldpostnummer 71036.

²⁷ Nach neuesten Forschungen war das NKWD außer für die Massenverhaftungen nach Befehl Nr. 00315 im Mai/Juni 1945 auch für den Aufbau neuer deutscher Verwaltungsstrukturen zuständig. Unterstützt wurde es dabei von drei Gruppen deutscher Exilkommunisten aus Moskau. In Berlin war die zentrale KPD-Gruppe unter Leitung des Spitzenkaders Walter Ulbricht seit dem 8. Mai 1945 gemeinsam mit der ZOG in der Prinzenallee 80 untergebracht. "Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Leonhard. Hrsg. und eingeleitet von Gerhard Keiderling, Berlin 1993; Nikita W. Petrow, Die sowjetische Besatzungsverwaltung und die Sowjetisierung Ostdeutschlands, in: Jan Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR, Berlin, München, Boston 2015, S. 35 ff.

²⁸ Michail Semirjaga, Wie Berijas Leute in Ostdeutschland die „Demokratie“ errichten, in: Deutschland Archiv, H. 5. 1996, S. 746. Diese Operativgruppe organisierte auch Razzien und Massenverhaftungen. Siehe zum Beispiel den Bericht über eine Razzia auf dem Schlesischen Bahnhof am 19. November 1945, in: J. Foitzik, N. Petrow, Geheimdienste (wie Anm. 14), S. 236/237.

²⁹ Siehe zum Beispiel Anhang 1.

Heranholen und Vorführen der NSDAP-Leute für die NKWD [...] den größten Teil der Einsatzstärke in Anspruch.“ Hinsichtlich der Ausmaße der Verhaftungsaktion hieß es im gleichen Bericht für den Monat Juli 1945: „Von den vielen Hunderten vorgeführten Nazis wurden in unserem Bezirk seit Beginn unserer Tätigkeit nach dem Zusammenbruch 754 (ohne Schmöckwitz) in Haft genommen und abtransportiert.“³⁰ Angesichts der Begleitumstände nahmen die betroffenen Personen die Gewahrsamsräume auf den deutschen Polizeirevieren vielfach bereits als sowjetische Gefängnisse wahr. Verstärkt wurde dieser Eindruck dadurch, daß die NKWD-Offiziere in vielen Fällen dort bereits die ersten Verhöre durchführten.³¹

Im Frühjahr 1946 erfolgte in der Sowjetunion eine Umstrukturierung der sowjetischen Polizeiorgane und Geheimdienste. Die Hauptverwaltung Spionageabwehr wurde vom Verteidigungsministerium³² abgetrennt und unter Verzicht auf die Abkürzung „Smersch“ als 3. Hauptverwaltung in die Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MGB) eingegliedert. An dessen Spitze stellte das KPdSU-Politbüro den neuen Favoriten Stalins und bisherigen „Smersch“-Chef Wiktor S. Abakumow.³³ Gleichzeitig beschloß das Parteigremium die gesamte „operativ-tschechistische Arbeit“ und die Untersuchungstätigkeit in der SBZ dem MGB zu unterstellen. Als Folge dieser Neuregelung wurde der stellvertretende MGB-Minister Generalleutnant Nikolaj K. Kowaltschuk im August 1946 zum Bevollmächtigten des MGB in Deutschland ernannt. Im Verlauf der Monate September und Oktober übernahm er die Leitung der bis dahin dem NKWD/MWD-Bevollmächtigte Serow unterstehenden Operativsektoren in der SBZ mit dem entsprechenden Personal und den dazugehörigen Immobilien, inklusive der Untersuchungsgefängnisse und anderen Haftunterkünfte. Die ursprünglichen MWD-Operativsektoren wurden ab November 1946 als „operative MGB-Sektoren“ bezeichnet und die Operativgruppen 1947 auf allen Ebenen in Operativabteilungen umbenannt. Gleichzeitig löste sie Generalleutnant Kowaltschuk aus der bisherigen formalen Einbindung im Apparat der SMAD heraus.

³⁰ Monatsbericht der Polizei-Inspektion Köpenick an das Kommando der Schutzpolizei vom 1. August 1945, LAB, Rep. 146/1, Nr. 49.

³¹ Kurt Berner, Spezialisten hinter Stacheldraht. Ein ostdeutscher Physiker enthüllt die Wahrheit, Berlin-Ost 1990, S. 76 f. Auf diesen Irrtum basierend deklarierte das Heimatmuseum Köpenick einige Polizeidienststellen zu „NKWD-Gefängnissen“ und initiierte die Anbringung einer Gedenktafel in der heutigen Seelenbinderstraße 99. Sabine Flatau, „Sicher und unauffällig“ ließ der NKWD Menschen verschwinden. Heimatmuseum forscht nach Tatorten und Opfern des sowjetischen Geheimdienstes, in: Berliner Morgenpost vom 14. März 1999. Auch der Autor dieser Zeilen hat die fehlerhaften Angaben des Heimatmuseums zunächst unkritisch übernommen und in einer ersten Darstellung über die Berliner Haftkeller publiziert: GPU-Keller. Arrestlokale und Untersuchungsgefängnisse sowjetischer Geheimdienste in Berlin (1945 – 1949). Eine Dokumentation, zusammengestellt und eingeleitet von Peter Erler. Unter Mitarbeit von Ekkehard Schultz. Hrsg.: Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V. Landesverband Berlin – Brandenburg. Berlin 2006.

³² Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung aller Volkskommissariate in Ministerien.

³³ O. S. Smyslow, General Abakumow. Henker oder Opfer? Moskau 2012 (russisch); ders., Der allmächtige Herrscher der Smersch, Moskau 2019 (russisch).

Ein Großteil des umfangreichen Leitungsapparats dem MGB-Bevollmächtigten (62504) war in dem Straßenkarré Waldowstraße 43-56/Scharnweber Straße 5-7/Treskowstraße 10-20 (heute Manetstraße)/Lindenweg 3-7 in der Nähe des Obersees in Berlin-Hohenschönhausen disloziert.³⁴

3. Untersuchungshafteinrichtungen der sowjetischen Geheimdienste in Berlin 1945

Ab Ende April 1945 entstand in allen Ortsteilen und Stadtbezirken der eroberten Reichshauptstadt eine große Anzahl von zunächst provisorisch eingerichteten Haft- und Untersuchungseinrichtungen.³⁵

Neben den Stützpunkten der 20 Operativgruppen gehörten dazu die KPS und Sammelpunkte der unterschiedlichsten Armeeeinheiten. Dabei wählten die NKWD- und „Smersch“-Organe für ihre Zwecke Gebäude aus, die spezifische Nutzung durch Geheimdienst- beziehungsweise Geheimpolizeidienststellen in der Regel nicht geeignet waren. Zumeist handelte es sich dabei um Gewerbe- und Verwaltungsgebäude, Wohnhausanlagen oder größere Villen. Einquartierungen in Polizeistandorte, wie am Kaiserdamm 1 in Charlottenburg oder in der Kleine[n] Alexanderstraße 21-24 in Mitte, sowie in Justizgefängnissen, wie in der Magdalenenstraße 14 in Lichtenberg oder in der Schönstedtstraße 17 in Neukölln, stellten die Ausnahme dar. Die besetzten Häuser mussten die Bewohner oder die andere Nutzer meist unter Zurücklassung der Einrichtungsgegenstände innerhalb weniger Stunden verlassen.

Bis auf die genannten Sonderfälle in den ehemaligen Justiz- und Polizeigebäuden wurden die festgenommenen Personen vorwiegend im Souterrain und in Kelleretagen eingesperrt.³⁶ Aus diesem Grunde und in Anlehnung an den 1941/42 entstandenen NS-Propagandafilm „G.P.U.“³⁷ wurden diese sowjetischen Hafteinrichtungen im Volksmund als „GPU-Keller“ bezeichnet.³⁸

Weitreichende Auswirkungen auf das Agieren der sowjetischen Geheimdienste in Berlin hatte der Einmarsch westlichen Alliierten Anfang Juli 1945 in den Westteil der Stadt. Er war auch

³⁴ Peter Erler, Der sowjetische Geheimdienstbevollmächtigte am Berliner Obersee. Neue Quellen aus Moskauer Archiven, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes (ZfG), 26/2009, S. 61-67.

³⁵ Dem Autor liegen Angaben zu über 100 Gewahrsamsorten in Berlin vor. Weiterhin existierten im April und im Mai 1945 in Berlin an fünf Standorten sogenannte Kriegsgefangenenaufnahmepunkte der an der Einnahme der Stadt beteiligten Fronten der Roten Armee.

³⁶ Zeitzeugen berichten aber auch von der Haft in Lagerräumen, Stallanlagen und Schuppen.

³⁷ Staatliche Politische Verwaltung (GPU) war die Bezeichnung für den sowjetischen Geheimdienst zu Beginn der dreißiger Jahre. Der antisowjetische UFA-Film G.P.U wurde unter Regie von Karl Ritter im Jahre 1941/42 gedreht. [https://de.wikipedia.org/wiki/GPU_\(Film\)](https://de.wikipedia.org/wiki/GPU_(Film)).

³⁸ Zum Beispiel: Zeitzeugenbericht Lottchen Fischer, in: Peter Erler, Thomas Friedrich, Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Oktober 1946). Hrsg. vom Verein "Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V." in Zusammenarbeit mit dem Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 1995, S. 83.

der Anlass für eine Reihe von Standortverlegungen, Neuformierung und Umgruppierung im Bereich des NKWD-Operativsektors. So wurden vier Operativgruppen und ihre Haftkammern in das angrenzende Brandenburgische Umland nach Falkensee, Glienicke/Nordbahn, Groß Glienicke und Teltow/Seehof umgesetzt. Zu den abrückenden sowjetischen Einheiten gehörten weiterhin die Wachgruppen des 333. Schützenregiment der Inneren Truppen des NKWD.³⁹ Die nunmehrige Präsenz der britischen, französischen und us-amerikanischen Besatzungstruppen hielt die NKWD-Operativgruppen jedoch nicht davon ab, auch weiterhin Verhaftungen in ihren ehemaligen Wirkungsbereichen in Westberlin durchzuführen und dort klandestin zu agieren.⁴⁰

Sechs Operativgruppen mit Personal und Gefangenen ließ Generalmajor Sidnew in den Ostteil der Stadt verlegen. Dort wurden sie kurz darauf aufgelöst. Offiziere der Operativgruppe Nr. 7 bildeten die personelle Basis für die etwa im August 1945 neu geschaffene 1. Abteilung des ZOS. Sie galt als „Geheime politische Abteilung“ und hatte ihren Sitz mit KPS in der Marienstraße 29/30 in Mitte.⁴¹ Etwa im Juli 1945 formierte sich in der Elsässer Straße (heute Torstraße) 8 und 85 im Stadtbezirk Mitte die 2. Abteilung des ZOS. Ihr späterer Tätigkeitsschwerpunkt war die Spionageabwehr. Zu den ersten Untersuchungsgefangenen, die dort im Kellergeschoß eingesperrt waren, gehörte der Schauspieler Heinrich George.⁴² Im August 1946 zog die 2. Abteilung in die Prenzlauer Allee 63 um. In diesem Gebäudekomplex des Stadtbezirksgesundheitsamtes von Prenzlauer Berg waren bereits die 4. Operativgruppe und die für allgemeine Ermittlungen zuständige 4. Abteilung des ZOS einquartiert. Alle drei NKWD/MGB-Strukturen nutzten gemeinsam den Haftkeller im Haus 3, welcher als Inneres Gefängnis betrieben wurde.⁴³ Den gleichen Status hatte das Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße 14. Das ehemalige Frauenjugendgefängnis, neben dem Amtsgericht Lichtenberg gelegen, gehörte verwaltungstechnisch und strukturell zunächst (ab August 1945) zur Abteilung Speziallager und Gefängnisse des NKWD/MWD in Deutschland. Im März 1947 erfolgte die Übernahme

³⁹ Zwei ihrer Stützpunkte befanden sich im Blumenweg 20 in Mariendorf und am Maybachplatz in Friedenau. Der neuer Stationierungsort des 333. Schützenregiments lag in einem Sperrgebiet in Altglienicke südlich vom Falkenberg.

⁴⁰ Zum Beispiel: Armin Wagner, Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Bonn 2007, S. 45.

⁴¹ Über die Zustände im KPS in der Marienstraße siehe unter anderem: Victor de Kowa, Als ich noch Prinz war von Arkadien, Nürnberg 1955, S. 308 ff.

⁴² Peter Erler, Verhaftungen, Internierung und viel Theater. Die letzten Monate von Heinrich George in Berlin (Mai 1945 – Juli 1946) – Teil II, in: ZdF, 27/2010, S. 23 ff.

⁴³ Siehe ausführlich: Berlin-Brandenburgische Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Prenzlauer, Ecke Fröbelstraße. Hospital der Reichshauptstadt, Haftort der Geheimdienste, Bezirksamt Prenzlauer Berg 1889-1989, Berlin 2006; Volker Wild, Bernt Roder (Hrsg.), Haus 3. Haftort des sowjetischen Geheimdienstes und der Staatssicherheit in Berlin-Prenzlauer Berg, Berlin 2011.

des Anstaltskomplexes mit Personal und Inventar durch den Berliner MGB-Operativsektor. Im ehemaligen Betsaal des Gefängnisses befand sich die zentrale Tagungsstätte des SMT der Garnison Berlin (75240). Bis 1947 füllten dieses Militärgericht in mindestens 98 namentlich belegten Fällen die Höchststrafe. Die Vollstreckung erfolgte durch Erschießen, vermutlich im walddreichen Berliner Umland.⁴⁴

Anfang Juli 1945 zog auch der ZOS aus der Prinzenallee in die Luisenstraße 46 in Mitte um. Auf der Straßenseite gegenüber der Charité' etablierte sich Mitte des Jahres die sowjetische Machtzentrale von Ostberlin. So befand sich in der Nummer 56, dem Gebäude der Veterinär-Medizinischen Fakultät der Berliner Universität, der Hauptstandort der Berliner Stadtkommandantur (75451). Neben der ZOS residierte in der Luisenstraße 46 der Leiter der Spionageabwehr „Smersch“ für den Kommandanturbereich Berlin Oberst Nikolaj P. Koltshin und der Militärstaatsanwalt der Garnison Berlin (75462) Major Korbut (Stand Dezember 1945).⁴⁵

Der „Smersch“-Verwaltung konnte in Berlin bislang nur das Untersuchungsgefängnis in der Lindenstraße 49 im Stadtbezirk Köpenick eindeutig zugeordnet werden. In dieser Jugendstilvilla⁴⁶ tagte gleichfalls das SMT der zur 5. Stoßarmee gehörende 60. Gardeschützendivision. Die dort verurteilten Häftlinge wurden 1945 vor ihrem Abtransport in den Gulag im Haus „Hessen“ des ehemaligen Olympischen Dorfes in Dallgow-Döberitz, dem damaligen Stationierungsstandort der 5. Stoßarmee⁴⁷, „zwischengelagert“.

Ein weiterer „Smersch“-Haftort befand sich vermutlich ab Dezember 1946 im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Fleischmaschinenfabrik Richard Heike im Hohenschönhauser Geheimdienstsperrgebiet Freienwalder Straße/Genslerstraße.⁴⁸

Anzumerken ist, dass eine Reihe von Operativgruppen der Spionageabwehr, der noch im Mai 1945 aus Berlin wieder abgezogenen und dann im Brandenburger Umland stationierten sowjetischen Militäreinheiten, parallel zu den NKWD-Strukturen und ohne Abstimmung mit diesen auch in der Folgezeit aus ihrer Sicht verdächtige oder gefährliche Personen aus der

⁴⁴ Peter Erler, „Tjurma Nr. 6“. Das Amtsgefängnis Berlin-Lichtenberg unter sowjetischer Verwaltung (1945 bis 1953), in: ZdF, 44/2019, S. 92-121.

⁴⁵ Koltshin unterstanden 24 Operativbevollmächtigte, 11 weitere Mitarbeiter und ein Schützenzug mit 24 Soldaten. Hans-Albert Hoffmann, Berlin. Sowjetische Garnisonsstadt 1945 – 1994. Geschichte, Standorte, Hintergründe, Berlin 2019, S. 98.

⁴⁶ Nach der Freigabe durch die sowjetische Besatzungsmacht betrieb die SED in dem idyllisch gelegenen Haus jahrelang ein Schulungszentrum. Heute befindet sich dort die Pension „Haus am Dämeritzsee“.

⁴⁷ Teile der 5. Stoßarmee übernahmen ab 10. Mai 1945 die Aufgaben der Garnison und Besatzungsmacht in der ehemaligen Reichsmetropole.

⁴⁸ Zumindest wurden in dem von Zeitzeugen als „Heikekeller“ bezeichneten Gefängnis von Offizieren der Spionageabwehr Vernehmungen durchgeführt. Bis November 1946 befand sich dort die KPS der aufgelösten Operativgruppe Nr. 10. Peter Erler, Werner Pünder und sein einzigartiges Hafttagebuch. Die Geschichte eines katholischen Hitlergegners in amerikanischer und sowjetischer Gefangenschaft. Juni 1946 bis August 1953. Teil I, in: ZdF, 36/2014, S. 80 ff.

Stadt verschleppten. In den ersten Wochen nach Kriegsende hatten sie es neben aktiven Unterstützern des NS-Regimes insbesondere auf Offiziere des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und auf Jugendliche abgesehen, denen „Werwolf-Aktivitäten“ unterstellt wurden. In den Erinnerungsberichten Betroffener werden unter anderem das Gut Ribbeck im Havelland und ein Wohnhaus in Saalow bei Zossen als Haftorte der Spionageabwehr erwähnt.⁴⁹

Weiterhin unterhielten die zentrale Verwaltung Inneres der SMAD und die nachgeordneten SMA-Abteilungen Inneres in den Ländern und Provinzen der SBZ kurzzeitig sechs Untersuchungsgefängnisse. Sie wurden im Zusammenhang mit einer internen Novellierung der Aufgabenschwerpunkte des SMAD-Bereichs Inneres, wozu nun auch die unmittelbare Anleitung der Entnazifizierungsmaßnahmen gehörte, im September 1946 eingerichtet. Die größte dieser Einrichtungen mit 49 Haftzellen befand sich in einem ehemaligen Mietshaus in Berlin-Treptow in der Treptower Chaussee 49. Dem dortigen Gefängnischef unterstanden sieben Wärter und ein Dolmetscher.⁵⁰

Eine Reihe in unterschiedlichen Quellenüberlieferungen erwähnte Gefängnisse können keiner sowjetischen Geheimpolizeistruktur eindeutig zugeordnet werden. Dazu gehört zum Beispiel der 1945/46 existierende Haftkeller in einem Mehrfamilienhaus in der Regattastraße 103 in Berlin-Grünau. Nach dem Abzug der unbekanntes Diensteinheit wurde das Gebäude als Wohnanlage für Offiziersfamilien hergerichtet und in das benachbarte Sperrgebiet der Verwaltung der Inneren Truppen des NKWD/MWD/MGB (24570) integriert, welches ursprünglich den zur Dahme gelegenen Bereich der der Regattastraße 18 bis 84 umfasste.

4. Haftbedingungen

Das mobile NKWD-Gefängniswesen der Kriegszeit passte sich nur allmählich an die neue Situation im Okkupationsgebiet an. Im Sommer 1945 befand es sich in Berlin immer noch in der Aufbauphase. Die zunächst nur provisorisch hergerichteten KPS und Inneren Gefängnisse wiesen nicht nur gravierende Defizite hinsichtlich der Verwahrsicherheit auf, in ihnen herrschten auch katastrophale Haftbedingungen. Die für den Gefängnisbetrieb notwendige

⁴⁹ Beispielsweise: Hans-Jörg Wollin, *Totgesagt und doch heimgekehrt. Ein authentischer Bericht*. Berlin 2000, S. 7 ff.; Achim Kilian, *Die Häftlinge in den sowjetischen Speziallagern der Jahre 1945-1950. Zusammenfassung des derzeitigen Kenntnisstandes hinsichtlich Zahl, Verbleib und Zusammensetzung nach Internierungsgründen*, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“* (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. VI, Baden-Baden 1999, S. 440.

⁵⁰ Die KPS der Verwaltung beziehungsweise Abteilungen Inneres wurden 1947 wieder aufgelöst. W. Sacharow, D. Filippowych, M. Heinemann, *Materialien zur Geschichte* (wie Anm. 20), S. 73 ff.; J. Foitzik, N. Petrow, *Geheimdienste* (wie Anm. 14), S. 35; N. Petrow, *Geheimdienstmitarbeiter* (wie Anm. 14), S. 135.

Einrichtungen, Gegenstände und Bekleidungsstücke waren einfach nicht vorhanden: halbwegs normale Schlafgelegenheiten in den Hafträumen, Waschmöglichkeiten, Kübel für die Notdurft, Hygieneutensilien, Leibwäsche zum Wechseln, Desinfektions- und Entlausungsanlagen und Freiganghöfe. Weitere Problemfelder bezüglich der Haftsituation waren mangelhafte Oberbekleidung und schlechtes Schuhwerk, unzulängliche Latrinen beziehungsweise Toilettenanlagen sowie in Behelfskochstellen zubereitetes minderwertiges und nährstoffarmes Essen, für dessen Verteilung oft nur zweckentfremdete Gefäße und Behältnisse zur Verfügung standen. Im Krankheitsfall waren die Gefangenen meist sich selbst überlassen.

Für minimale Standards bei der Unterbringung, der Grundversorgung und Hygiene, der medizinischen Betreuung und den sanitären Einrichtungen, die eigentlich auch in den Untersuchungshaftanstalten der damaligen Sowjetunion üblich waren, mussten erst materielle, bauliche und organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Normalisierung der chaotischen Zustände, die auch im Zusammenhang mit den enormen Zerstörungen sowie der allgemeinen Mangel- und Notsituation in der unmittelbaren Nachkriegszeit gesehen werden müssen, wurde in verschiedenen Fällen auch dadurch erschwert, weil Operativgruppen auf der Suche nach passenden Gebäuden und bedingt durch die Räumung der westlichen Stadtbezirke mehrfach ihren Standort wechselten.

Neben den Material- und Versorgungsdefiziten sowie den fehlenden baulichen Voraussetzungen gab es offensichtlich auch keine die konkrete Sachlage im besetzten Gebiet berücksichtigenden zentralen Befehle, Verordnungen und Weisungen für den Betrieb der Kellergefängnisse und die Verwahrung von Zivilisten. So hingen letztendlich der Zustand der Haftanlagen und der Umgang mit den Insassen zunächst weitestgehend von den willkürlichen Entscheidungen der zuständigen Offiziere der Operativgruppen ab, die in der Regel auch keine Fachkader für das Gefängniswesen waren.

Die unsäglich schlechten Haftbedingungen führten im Sommer 1945 dazu, dass immer häufiger Personen verlaust, durch Unterernährung körperlich abgezehrt und oftmals bereits durch verschiedene Magen-Darm-Erkrankungen stark geschwächt in die Speziallager kamen. Einzelne Betroffene starben während des Transports oder unmittelbar nach der Aufnahme am neuen Haftort. Auffällig war auch die Zahl der eingelieferten Frauen und Männer, die lediglich saisonbedingte leichte Kleidung, welche durch die Kellerhaft bereits stark mitgenommen war, und das dazugehörige Schuhwerk trugen. Auch sie galten bei dem Lagerpersonal berechtigterweise als Risikogruppe für Erkrankungen in der bevorstehenden kalten Jahreszeit.

Erst jetzt, als sich die Lage in den „GPU-Kellern“ soweit zugespitzt hatte, dass von ihnen eine Gefahr für die Ausbreitung von Infektionserkrankungen oder gar von Epidemien in den Speziallagern ausging, ergriff der zentrale NKWD-Apparat in Deutschland vorbeugende und regulierende Maßnahmen, deren schrittweise Realisierung sich jedoch noch längere Zeit hinzog. Am 2. August 1945 unterschrieb der NKWD-Bevollmächtigte für Deutschland Generaloberst Serow eine Anordnung, in der er die Einrichtung von kleinen Küchen in den Untersuchungsgefängnissen der Operativgruppen, deren Versorgung mit Lebensmitteln, die Einhaltung der vorgeschriebenen Verpflegungssätze sowie die Verabreichung von abgekochtem Wasser sowie Tee oder Kaffee anwies. Bereits zu Beginn des Sommers sah sich Generalmajor Sidnjew dazu genötigt, in seinem Berliner Verantwortungsbereich schnellstmöglich Veränderungen bei dem akuten Problem der Kleidung und dem Fehlen alltäglich benötigter Gebrauchsgegenstände herbeizuführen. Sein Befehl vom 15. Juni 1945 legte fest, dass die Verhafteten durch den Zugriff auf deren persönliches oder auf konfisziertes Eigentum mit lebensnotwendigen Sachen, wie Unterwäsche, Schuhe, Oberbekleidung, Kopfbedeckung und Bettzeug auszustatten waren.

Etwa Anfang August 1945 ordnete Serow die Ausarbeitung einer Gefängnisordnung an, die am 26. September 1945 als „Vorläufige Instruktion“ in Kraft trat.⁵¹ Sie regelte die Aufgaben, den Aufbau und das Regime der KPS und Inneren Gefängnisse. Das Schriftstück legte unter anderem fest, dass die Kelleretagen der Operativgruppenstützpunkte oder anderer geeignete Räumlichkeiten in Beschlag genommen und für die Unterbringung der Verhafteten hergerichtet werden sollten. Ausdrücklich wurden Gitter an den Fenstern und die Ausstattung der Zellenräume mit verschließbaren Türen vorgeschrieben.

Für diverse Um- und Einbauten in bereits vorhandene Haftorten und die spezifische Einrichtung weiterer, neu beschlagnahmter Gebäude kamen zumeist deutsche Handwerkerfirmen zum Einsatz. Sie mussten Kellerfenster bis auf kleine Luftlöcher zumauern, Zellenwände hochziehen sowie Schlosser-, Maler- und Elektroinstallationsarbeiten ausführen. 1946 errichteten sie für die Säuberung und Wärmebehandlung der Häftlingskleidung außerdem spezielle Entlausungsanlagen.

⁵¹ Peter Erler, „Vorläufige Instruktion“. Die Gefängnisordnung für die NKWD-Untersuchungshaftanstalt im besetzten Deutschland, in: ZdF, 28/2010, S. 44 ff.

Abb. 6

Ehemaliger Stützpunkt der Operativgruppe Nr. 17 und spätere Kreisdienststelle des MfS in Lichtenberg (Am Tierpark 29 / Ecke Alfred-Kowalke-Straße 30). Im grauen Sockel befinden sich die teilweise zugemauerten Kellerfenster.

Einige der Verhörzentralen mit Kellergewahrsam lagen in kleinen mit hohen Bretterwänden und Stacheldrahtverhauen von der Außenwelt abgetrennten Sperrgebieten. Dort befanden sich neben den Wohnungen und Unterkünften der Operativgruppenoffiziere, Dolmetscher und der Wachsoldaten mitunter auch Hundezwinger sowie kleine Stallanlagen mit Kühen, Schweinen und Geflügel für die Selbstversorgung der Geheimdienstler.

5. Die Erinnerungsperspektive der ehemaligen Häftlinge

Die „Vorläufige Instruktion“ reglementierte auch den Umgang mit den Untersuchungsgefangenen. So hatte der Gefängnisleiter oder deren diensthabenden Gehilfen die Aufnahme der Festgenommenen persönlich durchzuführen. Nach einer Durchsuchung sollten den eingelieferten Personen alle persönlichen Gegenstände abgenommen werden. Für 15 bis 20 Haftzellen, in denen ständig das Licht zu brennen hatte, war ein aufsichtshabender Posten und ein weiterer Wärter für die Begleitung der Gefangenen zu Verhören und zum Freigang vorgesehen. Die strengen Vorschriften für die Häftlinge untersagten die Kontaktaufnahme mit Personen außerhalb der Zelle, die Störung der Zellenruhe – also lautes Reden, Schreien und Singen - und den Zeitvertreib mit Karten- und anderen Glücksspielen. Das von ehemaligen Betroffenen immer wieder erwähnte Liege- und Schlafverbot nach den stundenlangen Nachtverhören tagsüber, wurde offensichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeführt. Wie viele Zeitzeugen berichten, nahm das Gefängnispersonal die eigenen Dienstvorschriften jedoch nicht sonderlich genau und missachtete sie häufig zum Nachteil der Gefangenen.

Als Chronist der damaligen Haftzustände soll hier stellvertretend der Berliner Rechtsanwalt Werner Pünder zitiert werden. Er war allein in fünf der „für die Nachfolger der bolschewistischen Tscheka so charakteristischen fensterlosen, stinkenden und feuchten, trotz des sehr kalten Winters 46/47 meist ungeheizten Berliner Kellergefängnisse“ eingekerkert. Nach seinen Aufzeichnungen entfiel auf jeden Untersuchungsgefangenen „mitunter nur 1 qm Bodenfläche. Oft konnten wir uns wochenlang nicht einmal die Hände waschen. Es kam vor, dass 8 Wochen vergingen, ohne dass wir aus diesen Kellerlöchern auch nur für eine Minute an die Luft kamen. Es wimmelte von Wanzen, Läusen und Flöhen, sowie Ratten und Mäusen.

Für die Nacht hatten wir hölzerne Pritschen, die aus rohen Brettern notdürftig zusammengehauen waren, ohne Strohsäcke oder gar Matratzen, ohne Kopfkissen, mit nur einer Decke. Die Verpflegung bestand aus einer Tagesration von 250 bis 300 gr vielfach schimmeligem oder klitschigem Brot ohne Belag, dünnen Wassersuppen und Kaffeeersatz. Die meisten Gefangenen litten unter Hungerödemen. [...] Eine gesundheitliche Betreuung war kaum vorhanden. In der Nacht wurde man häufig zu stundenlangen Vernehmungen in eiskalte Räume gebracht und war körperlichen Misshandlungen ausgesetzt.“⁵²

„Physische Gewalt“ sollte nach einer internen Anweisung des Zentralkomitees der sowjetischen kommunistischen Partei vom 10. Januar 1939 eigentlich nur als Ausnahme zur Brechung widerständigen Verhaltens bei „aktive Feinde des sowjetischen Volkes“ angewandt werden.⁵³ In der Realität gehörten Fausthiebe und Stiefeltritte in alle Körperteile – auch bei Frauen – sowie andere Praktiken bei den Verhören der sowjetischen Geheimdienstoffiziere jedoch eher zur Tagesordnung. Wie ehemalige Gefangene berichten, verwendeten ihre Peiniger unter anderem Holz- und Gummiknüppel, Eisenstangen, Kabelenden, Riemen, Peitschen sowie Gewehrkolben und Pistolengriffe als Schlaginstrumente.⁵⁴ Weiterhin kamen brennende Zigaretten und Feuerhaken zum Einsatz. In einigen Berliner „GPU-Kellern“ wurde außerdem die Steh- und Wasserfolter praktiziert.⁵⁵

Eine wahrscheinlich nicht mehr ermittelbare Anzahl von eingesperrten Personen kam in der Untersuchungshaft in Folge von Misshandlungen sowie durch Verletzungen und Krankheiten um. Durch Zeitzeugenaussagen sind solche tragischen Vorkommnisse aus den Gewahrsamsorten in der Marienstraße, der Genslerstraße, der Magdalenenstraße und der Neue[n] Schönholzer Straße belegt.

6. Die Bewachung der Gefängnisse

Mit der Bewachung der acht Ostberliner Operativgruppen-Gefängnisse und der beiden Hafteinrichtungen des ZOS war das zunächst in Berlin-Karlshorst, dann ab September 1945 in Berlin-Hohenschönhausen am Obersee und schließlich ab 1948 in Berlin-Biesdorf stationierte

⁵² Diözesanarchiv Berlin (DAB) V/199, Vorwort, Bl. III.

⁵³ Anhang 2. Siehe auch: Über den Personenkult und seine Folgen. Rede N. S. Chrustschows in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956. Hrsg. Josef Gabert und Lutz Prieß unter Mitarbeit von Peter Erler und Jutta Finkeisen. Berlin-Ost 1990, S. 34/35.

⁵⁴ Zu den Misshandlungen siehe zum Beispiel die Ausführungen von Joachim Giesicke, der im Sommer 1945 im Haftkeller in der Neue[n] Schönholzer Straße 34 festgehalten wurde: Joachim Giesicke, Zum Schweigen verurteilt. Tatsachenbericht eines deutschen Strafgefangenen in der Sowjetunion, o. O. 2002, S. 21 ff.

⁵⁵ Die Auflistung basiert auf der Auswertung von Berichten ehemaliger Inhaftierter u. a. aus dem Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

105. Schützenregiment der Inneren Truppen des NKWD/MGB betraut.⁵⁶ Die Wachsoldaten waren zunächst für alle Postenbereiche innerhalb und außerhalb der einzelnen Objekte zuständig. Aus dem überlieferten Schriftgut des 105. Schützenregiments ist ersichtlich, dass die Leiter der Wachkommandos die verantwortlichen Operativgruppenoffiziere ständig zur Einhaltung der in der „Vorläufige Instruktion“ angeordneten Sicherheitsstandarts anmahnen mussten. Ein Inspektionsbericht vom 31. Dezember 1945 moniert durchgehend unter anderem immer noch instabile hölzerne Zellentüren, fehlende Schlösser, unzulängliche Sicherung der Fenster mit Gitter, für Gefangene benutzbare Lichtschalter sowie die Hafträume durchziehende Kabelleitungen, Heizungsstränge und Abwasserrohre.⁵⁷ Offensichtlich als eine Schlussfolgerung aus dieser für sie lästigen Kritik, übernahmen die Berliner Operativgruppen etwa Anfang 1946 selbst die Wachaufgaben innerhalb ihrer Gefängnisse. Gleichzeitig verwehrten sie den Kontrolloffizieren des 105. Schützenregiments den weiteren Zugang zu den Hafträumen.⁵⁸

Durch die eklatanten Mängel bei den Sicherungsvorrichtungen und durch Disziplinverstöße des Wachpersonals fanden immer wieder Fluchten und Ausbruchsversuchen aus den „GPU-Kellern“ statt. Einer Massenflucht ereignete sich im Frühjahr 1946 aus der ehemaligen Kaserne des Kaiser-Alexander-Gardegrenadier-Regiments in der Kleine[n] Alexanderstraße 21-24 in Berlin-Mitte. Zu diesem Zeitpunkt waren in diesem Komplex neben der 1. und 2. Operativgruppe des ZOS die Leitung der Berliner Schutzpolizei sowie eine Bereitschaftsinspektion der Polizei untergebracht. Auf dem Hof des Grundstücks Kleine Alexanderstraße 23 lagerte die deutsche Polizei im Auftrag der sowjetischen Kommandantur ca. 100 Tonnen aufgefundene Munition, Waffen und Blindgänger schwerer Bomben. Unmittelbar hinter der Mauer, an der diese Hinterlassenschaft des II. Weltkrieges aufgestapelt war, lag in der Kleine[n] Alexanderstraße 22 der separate Sperrbereich der beiden Operativgruppen mit zwei KPS. Durch die Spielerei mit einer italienischen Eierhandgranate kam es am Morgen des 16. März 1946 zu einem gewaltigen Explosionsunglück, wobei alle umliegenden Gebäude zum Teil zerstört oder stark beschädigt wurden. Allein der Detonationskrater war 15 Meter breit und vier Meter tief.⁵⁹ Zusätzlich begünstigt durch eine

⁵⁶ J. Foitzik, N. Petrow, Geheimdienste (wie Anm. 14), S. 337. In Biesdorf wurde das 105. Schützenregiment im ehemaligen Zwangsarbeiterlager am Frankenhölzer Weg untergebracht.

⁵⁷ Ebd., S. 242 ff.

⁵⁸ Lediglich in den beiden Gefängnissen der 1. und 2. Abteilung des ZOS war das 105. Schützenregiment weiterhin für den inneren Wachdienst zuständig. Ebd., S. 255.

⁵⁹ Kajo Reutlinger, ... und trotzdem leben wir. Als Reporter im Nachkriegsberlin überall dabei, Berlin 1997, S. 80-82; Michael Stricker, Letzter Einsatz. Im Dienst getötete Polizisten in Berlin von 1918 bis 2010 (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e. V., Bd. 11). Frankfurt am Main 2010, S. 159 ff.

gewaltige Staubwolke und viele verletzte Wachposten gelang es im allgemeinen Chaos zunächst 30 Gefangenen aus den sowjetischen Haftkellern zu entweichen. Die Flucht glückte jedoch nur sieben Personen. Die anderen 23 wurden wieder eingefangen und in unversehrte Kellergefängnisse verlegt.⁶⁰ Weitere dokumentierte Fluchtversuche, wie zum Beispiel aus dem Gefängnis Nr. 6 in der Magdalenenstraße, endeten durch tödliche Schussverletzungen.⁶¹

7. Entwicklungen im Berliner Operativsektor ab 1947

Im Kontext mit der erwähnten Neuordnung der sowjetischen Geheimdienstlandschaft 1946/47 fanden weitere, Berlin betreffende, Umgruppierungen und Veränderungen statt.⁶² Sie führten insbesondere zur logistischen und territorialen Erweiterung sowie zur bedeutungsmäßigen Aufwertung des Geheimdienstsperrgebietes in der Freienwalder Straße/Genslerstraße im Stadtteil Hohenschönhausen. Wesentlichen Anteil daran hatte der erneute Umzug des Berliner ZOS aus der Luisenstraße im Stadtbezirk Mitte. Die ZOS-Leitung und weitere Abteilungen belegten ab April 1947 zwei Fabrikverwaltungsgebäude in der Freienwalder Straße 9-12 und 17-19.⁶³

Bereits im Herbst 1946 ordnete der MGB-Bevollmächtigte Kowaltschuk den Umzug der zu seinem Apparat gehörenden zentralen Ermittlungsgruppe (6. Abteilung) von Potsdam nach Berlin an. In diesem Kontext wurde das seit Juni 1945 bestehende Speziallager Nr. 3 auf dem Gelände der Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in der heutigen Genslerstraße 66 im November 1946 aufgelöst und die verbliebenen Insassen in das Speziallager nach Sachsenhausen verlegt. In den Folgemonaten musste ein Häftlingskommando, das im Sperrgebiet verblieben war, das ehemalige Küchengebäude in ein Untersuchungsgefängnis umbauen. Im Lagerkeller entstanden 66 unterschiedlich große Hafträume und zwei Arrestzellen mit jeweils 1,40 Quadratmetern Grundfläche. In zwei Dritteln der zunächst heizungs- und belüftungslosen bunkerartigen Kerkerverliese gab es kein Tageslicht. Der Zellentrakt wurde schließlich im Frühjahr oder Anfang Sommer 1947 in Betrieb genommen.⁶⁴ Zu den ersten Insassen gehörten Gefangene, welche aus dem

⁶⁰ J. Fiotzik, N. Petrow, *Geheimdienste* (wie Anm. 14), S. 249-251.

⁶¹ Ebenda, S. 278/279.

⁶² Der Leiter des Berliner MGB-Operativsektors Generalmajor Sidnew wurde wegen „Unterschlagungen“ im Dezember 1947 aus Berlin abberufen und Ende Januar 1948 inhaftiert. Seinen Platz nahm Generalmajor Aleksej Wul ein.

⁶³ Die 3. Abteilung – ursprünglich 1. Abteilung - des ZOS Berlin und das dazugehörige Untersuchungsgefängnis zog im Frühjahr 1947 aus der Marienstraße 23 und 30 in Berlin-Mitte wahrscheinlich in die Prenzlauer Allee 63 um.

⁶⁴ Die Angaben der Zeitzeugen über den Eröffnungstermin widersprechen sich teilweise.

Kellerverlies in der Prenzlauer Alle und aus dem Inneren Gefängnis des Brandenburger MGB-Operativsektors in der Potsdamer Lindenstraße verlegt wurden.⁶⁵

Das von den Insassen als „U-Boot“ bezeichnete Kellergefängnis in Hohenschönhausen, das auch über oberirdischen Büro- und Verhörräumen verfügte, war die größte sowjetische Geheimdiensteinrichtung ihrer Art auf deutschem Boden. In der neuen Verhörzentrale, die vom Berliner Operativsektor verwaltet wurde, wirkten Vernehmer aus dem Apparat des MGB-Bevollmächtigten und auch Ermittlungsoffiziere aus der 6. Abteilung des ZOS Berlin.

1947 wurde in einem ehemaligen Schulgebäude in der Albrechtstraße 26 in Berlin-Mitte außerdem ein weiteres Untersuchungsgefängnis in Betrieb genommen oder – was wahrscheinlicher ist – aus einem bisher unbekanntem Standort dorthin verlegt. Der erste Nachweis für eine Inhaftierung in diesem Objekt stammt vom März 1947. Ein Zeitzeuge erinnert sich an Zellen mit Doppelstockpritschen im Keller und an drei unterschiedlich großen Stehkarzern. Vermutlich war dieser Haftort der 5. Abteilung des ZOS, welcher für die Spionageabwehr im Bereich der zentralen Stadtkommandantur zuständig war, unterstellt. Die Berliner Bevölkerung munkelte, dass auch im benachbarten Hochbunker Menschen eingekerkert waren. Sie bezeichneten dieses Gefängnis mit Bezug auf die in der unmittelbaren Nähe gelegenen Schumannstraße als „Schumannbunker“.

Einige Monate lang nahm die sowjetische Besatzungsmacht auch das Amtsgerichtsgefängnis in der Kissingenstraße in Berlin-Pankow in Beschlag. Auf Veranlassung von Generalmajor Sidnew mussten die deutschen Justizvollzugsbeamten und mit ihnen die einsitzenden Gefangenen das Gebäude 23. Dezember 1946 überraschend räumen.⁶⁶ Gleichzeitig ordnete der Chef des Berliner Operativsektors verschiedene Umbaumaßnahmen an. Wie bei den sowjetischen Haftenrichtungen üblich, wurde der übernommene Gefängnis-Komplex mit Stacheldrahtzäunen und mit Scheinwerfer bestückten Wachtürmen umgeben.⁶⁷ In der Folgezeit diente er als temporärer Gewahrsamsort für den letzten Kommandanten des KZ Sachsenhausen, zwölf weitere SS-Angehörige aus seinem Stab, einen Zivilbeamten und für zwei ehemalige Funktionshäftlinge. Bei ihnen handelte es sich um die Angeklagten des sogenannten Sachsenhausenprozesses, welcher vom 23. Oktober bis zum 1. November 1947

⁶⁵ Dazu ausführlich: Peter Erler, Sowjetische Geheimdienststrukturen im Industriegebiet Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Frühjahr 1951). Zur Vorgeschichte, Entwicklung und Topographie des Sperrgebietes Freienwalder Straße/Genslerstraße (Beiträge, Quellen und Materialien zur Diktaturgeschichte, Bd. 1). Hrsg.: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2004.

⁶⁶ LAB C Rep. 303, Nr. 275, Schreiben Generalstaatsanwalt an das Hauptprüfungsamt vom 6. Januar 1947, Bl. 1/2.

⁶⁷ Zeitzeugenbericht, in: Sopade – Querschnitt durch Politik und Wirtschaft, Bd. 4/Juli 1947. Die baulichen Veränderungen in- und außerhalb des Gefängnisses mußten Häftlinge aus dem Haftarbeitslager des Berliner Operativsektors in der Freienwalder Straße 17 – 19 in Berlin-Hohenschönhausen ausführen. Erlebnisbericht von Leo Wittchen vom 17. Februar 1947, Archiv der sozialen Demokratie, Ostbüro, 0419.

im Rathaus Berlin-Pankow stattfand.⁶⁸ 1948 zog sich der Berliner Operativsektor wieder aus dem Gerichtsgefängnis Kissingerstraße zurück und überließ seine weitere Nutzung nach einer längeren Leerstandphase wieder den deutschen Justizorganen.⁶⁹

Nach bisherigem Erkenntnisstand fanden ähnliche Bauaktivitäten wie in der Berliner Genslerstraße Ende 1946/Anfang 1947 auch im Potsdamer Militärstädtchen Nr. 7 statt. Dort wurde der bereits existierende Haftkomplex in der Leistikowstraße 1 und 2 zum zentralen Untersuchungsgefängnis (Untersuchungsisolator) der Verwaltung Spionageabwehr des MGB bei der GSBD umgestaltet.⁷⁰

8. Paradigmawechsel bei den Repressionsschwerpunkten

Nach den Massenverhaftungen auf Grundlage des Befehls Nr. 00315 in den Nachkriegsmonaten 1945 kam es in den sowjetischen Gefängnissen ab 1946 zu einem signifikanten Wechsel des Häftlingskontingents. Bereits Anfang des Jahres wurde die Inhaftierung von ehemaligen Block- und Zellenleitern der NSDAP eingestellt. Mit Funktionären aus anderen NS-Organisationen der gleichen Ebene stellten sie bis dahin etwa 3/4 des Interniertenkontingents im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen. Im Vergleich mit der bisher dominierenden pauschalen NS-Belastung, bildete bei den Verhaftungen nun die Ahndung konkreter Gewaltverbrechen aus dem Zeitraum 1941 bis 1945 einen neuen Repressionsschwerpunkt. Im Fokus standen dabei Personen, die unter Verdacht standen, an der Ausbeutung, Bewachung, Misshandlung und Tötung sowjetischer Zivilisten, Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen beteiligt gewesen zu sein.⁷¹

Weiterhin hatten die Operativgruppen nun verstärkt mit Delikten zu tun, deren Verfolgung ausgehend vom aktuellen Okkupationsregime ordnungs- und sicherheitsrelevante Gründe hatten oder zunehmend auch durch ideologische und machtpolitische Aspekte determiniert waren. 1946 galten viele Festnahmen der Missachtung sowjetischer Befehle und besatzungsrechtlichen Regelungen, wie unerlaubtem Waffenbesitz und illegalem Übertreten

⁶⁸ Davor - ab Sommer 1946 - wurden der KZ-Kommandant Anton Kaindl und andere Mitangeklagte im Kellergefängnis in der Prenzlauer Allee verhört. Bundesbeauftragte[r] für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS HA IX/11 RHE 15/71, Bd. 2.

⁶⁹ Für Anfang August 1948 ist die Belegung mit acht Gefangenen aus dem Gefängnis Tiergarten belegt. Die reguläre Wiedereröffnung konnte nach umfangreichen Reparaturmaßnahmen erst Ende November/Anfang Dezember 1948 erfolgen. LAB, C Rep. 303, Nr. 275, Schreiben vom 9. August und vom 25. November 1948, Bl. 74, 78.

⁷⁰ Peter Erler, Das Gefängnis der sowjetischen Spionageabwehr in Potsdam, in: Deutschland Archiv 2009/ 4, S. 622 ff.; Ines Reich, Maria Schultz (Hrsg.), Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam, Berlin 2012.

⁷¹ Journale des Speziallagers Nr. 7/1, Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF) 9409/1/1382-385. A. Weigelt, K. Müller, T. Schaarschmidt, M. Schmeitzner, Todesurteile (wie Anm. 11). Mit zu den prominentesten Vertretern aus dieser Betroffenengruppe dürfte Ernst Lohmeyer und Paul Konitzer gehören.

der Demarkationslinie. Zunehmend wurden nun aber mehr und mehr Personen repressiert, denen die sowjetische Sicherheitspolizei unterstellte, als „Werwölfe“ zu agieren oder verbotene Organisationen gebildet und antisowjetische Propaganda betrieben zu haben. In die Fänge der Geheimpolizei gerieten verstärkt Frauen, Männer und Jugendliche, die zunehmend Widerstand gegen die „Sowjetisierung“ des politischen und gesellschaftlichen Lebens leisteten, in Opposition zu dem immer deutlicher hervortretenden diktatorischen Machtanspruch der SED und ihrer ausländischen Schutzmacht standen, deshalb mehr oder weniger offen die „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ ablehnten oder einer solchen Haltung verdächtig wurden. In Berlin geriet eine noch unbekannte Zahl von aktiven Gegnern der Zwangsfusion von KPD und SPD in die sowjetischen Kellergefängnisse. Ab 1947 gehörten zu den Verfolgten Liberaldemokraten, Parteigänger der CDU, illegal agierende Sozialdemokraten, Mitglieder antikommunistischer Gruppierungen und Organisationen aus Westberlin sowie Angehörige studentischer Widerstandsgruppen. Festgenommen wurden auch als unzuverlässig angesehene Mitglieder der SED und linker Splittergruppen.

Eine weitere, stetig wachsende Betroffenengruppe stand im Kontext mit dem voranschreitenden Zerfall der Antihitlerkoalition und dem sich andeutenden Ausbruch des Kalten Krieges, in dem das Wirken von klandestinen Strukturen und Geheimdiensten sowie ihre Abwehr eine maßgebliche Rolle spielte. Ab 1946 forcierten westliche Agentenzentralen spürbar ihre Aktivitäten gegen die sowjetische Besatzungsmacht.⁷² Dadurch gelangte in der Folgezeit eine wachsende Anzahl von Festgenommenen in die Gefängnisse und Haftkeller der Operativgruppen beziehungsweise -abteilungen, die insbesondere für amerikanische, britische und französische Geheimdienste sowie für die Organisation Gehlen tätig waren oder aus anderen, oft auch fadenscheinigen Gründen, unter Spionageverdacht gerieten.

Durch die skizzierten Entwicklungen waren die freiheitsberaubenden Repressivakte der MGB-Geheimpolizisten in der SBZ ab 1947 zum übergroßen Teil politisch determiniert.⁷³ Nach sowjetischem Rechtsverständnis betrafen sie „konterrevolutionäre Verbrechen“, für deren

⁷² Paul Madrell, Einfallstor in die Sowjetunion. Die Besatzung Deutschlands und die Ausspähung der UdSSR durch den britischen Nachrichtendienst, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 2/2003, S. 198 ff. Die Autoren Wagner und Uhl sprechen gar von einem „Masseneinsatz westlicher Agenten gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten [...] ab Ende 1946.“ A. Wagner, M. Uhl, BND contra Sowjetarmee (wie Anm. 40), S. 37, S. 47; Heidenreich, Ronny: Die DDR-Spionage des BND. Von den Anfängen bis zum Mauerbau (Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945-1968, Bd. 11), Berlin 2019, S. 49 ff., 66.

⁷³Jörg Morre', Modellierung des Feindbildes. Verhaftungen des NKWD als Vorbild für die Anfänge einer politischen Polizeiarbeit in der SBZ/DDR, in: Klaus Bästlein (Hrsg.) unter Mitarbeit von Markus Meckel, Armin Mitter und Falco Werkentin, Martin Gutzeit. Ein deutscher Revolutionär. Die Umwälzung in der DDR 1989/90. Festschrift zum 65. Geburtstag und 25. Jubiläum als Landesbeauftragter, Berlin 2017, S. 164.

Ahndung ausschließlich SMT,s und die in Moskau tagende Sonderberatung des MGB zuständig waren.

9. Auflösung des Berliner MGB-Apparates ab 1950

Die Gründung des ostdeutschen Teilstaates am 7. Oktober 1949 ging mit einem umfassenden Abbau der sowjetischen Verwaltungs-, Militär- und Geheimdienstapparate im Besatzungsgebiet einher. Ihre bisherige Dimensionierung war mit der Etablierung der DDR nicht mehr erforderlich.

In Berlin gab das MGB eine Reihe von Objekten auf. So sollten sich in der Zukunft jeweils zwei Stadtbezirksabteilungen einen Standort mit KPS teilen. Bereits im September 1949 zog die Abteilung Mitte zur Abteilung Prenzlauer Berg in den MGB-Komplex in der Prenzlauer Allee 63 um.⁷⁴ Anfang Oktober 1949 folgte die Abteilung Pankow. Sie wurde zur Abteilung Weißensee in das Fabrikgelände in der Metzstraße 77-81 verlegt. Auch hier fanden noch umfangreiche Baumaßnahmen zur Sicherung der Anlage statt. So erfolgte die Vergitterung weiterer Fenster sowie die Errichtung von zwei Wachhäuschen und eines über zwei Meter hohen Bretterzauns. Im November 1949 verließ die Abteilung Friedrichshain ihren bisherigen Stützpunkt in der Holteistraße und teilte sich in der Folgezeit mit der Abteilung Lichtenberg die Räumlichkeiten in der Schloßstrasse 4/Ecke Wilhelmstraße 30.⁷⁵ Die Mitarbeiter der Abteilung Köpenick mussten erst im April 1950 die Umzugskisten packen. Sie wurde im Domizil der Abteilung Treptow in der Hasselwerderstraße 38-40 aufgenommen. Weitere Kaderreduzierungen und Änderungen der Organisationsstrukturen sowie die Neubestimmung von Tätigkeitsschwerpunkten machten schließlich den Berliner Operativsektor als Leitungs- und Verwaltungsebene innerhalb des MGB überflüssig. Er wurde am 1. Juli 1950 aufgelöst.

Die Weisungsbefugnis für die nun an vier Standorten konzentrierten acht operativen Bezirksabteilungen übernahm der im März 1950 zum MGB-Bevollmächtigten in Deutschland (62076) berufene Oberst Semjon P. Dawydow. Seinem Apparat wurde gleichfalls das „U-Boot“ in Berlin-Hohenschönhausen unterstellt.

Die Geschichte der „GPU-Keller“ endet in Berlin schließlich Anfang 1951. Zu diesem Zeitpunkt hatte das im Februar 1950 gegründete Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR bereits wesentliche Repressionsaufgaben von seiner sowjetischen Partnereinrichtung

⁷⁴ Offensichtlich in diesem Kontext führten bis Ende November 1949 deutsche Handwerker im Haus 3 der Prenzlauer Allee 63 umfangreiche Renovierungsarbeiten durch. Schreiben vom Bezirksamt Prenzlauer Berg an das Amt für Kriegsschäden vom 1. Dezember 1949, LAB, C Rep. 105, Nr. 768.

⁷⁵ Nach Angaben eines sowjetischen Ingenieurs, der 1947 in den Westen überlief, verfügte das MGB im hiesigen Sperrgebiet „über genügend Gebäude in der Tiefe eines schattigen Gartens.“ Falsch ist jedoch seine Behauptung - welche heute immer noch zitiert wird -, daß sich in diesem Objekt die Zentrale des Berliner Geheimdienstes befand. Gregory Klimow, Berliner Kreml, Köln, Berlin1953, S. 195/196.

übernommen. Die acht operativen Bezirksabteilungen mit den dazugehörigen Kellergefängnissen, die gerade vor einigen Monaten zusammenrücken mussten, stellten schrittweise ihre Tätigkeit ein. Im Januar 1951 räumten sie die von ihnen besetzten Grundstücke in den Stadtbezirken Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Treptow und Weißensee. Parallel zur Auflösung der Operativabteilungen rückte auch der MGB-Bevollmächtigte mit seinem Apparat aus den besetzten Gebäuden am Orankesee sowie aus der Freienwalder Straße und Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen ab und zog sich in das Sperrgebiet Berlin-Karlshorst zurück. Die zentrale Untersuchungsabteilung „OS“ des Geheimdienstbevollmächtigten richtete ihren neuen Dienstsitz in Gebäudeteilen des ehemaligen St. Antonius-Krankenhauses in der Köpenicker Allee 39-57 ein. Für die Untersuchungsgefangenen wurde wieder ein Kellertrakt umgebaut.⁷⁶

Die ehemalige NSV-Großküche, die fast vier Jahre als exponierte Haftstätte der sowjetischen Geheimpolizei diente, und die zweckentfremdeten Liegenschaften im Sperrgebiet Freienwalder Straße/Genslerstraße übergab die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit Wirkung vom 1. März 1951 offiziell an die Regierung der DDR.

Wie schon in den Jahren zuvor, hinterließen die abziehenden MGBler und Wachsoldaten die von ihnen genutzten Gebäude mitunter in einem unwürdigen Zustand. Alles was brauchbar erschien - Toilettenbecken, Türschlösser und -klinken, Wasserhähne, Elektroanlagen, Treppengeländer, Fensterscheiben und Fensterflügel - wurden demontiert und abtransportiert. Häufig kam es zu mutwilligen Zerstörungen und Vandalismus.

In dem Maße, wie das MfS das MGB als politische Geheimpolizei in der DDR ablöste und in die entsprechenden Tätigkeitsfelder vorstieß, wuchs sein Bedarf an Diensträumen, an diversen Gebäuden und Grundstücken sowie speziell auch an geeigneten Objekten für die Unterbringung von Untersuchungsgefangenen. Im Rahmen dieser Entwicklung war es nur konsequent, dass die Stasi die von den „Sowjets“ geräumten Untersuchungszentralen und Kellergefängnisse übernahm und weiterbetrieb. So hieß es zum Beispiel in einem Schreiben des Bezirksamtes Lichtenberg vom 24. Februar 1951 bezüglich des ehemaligen MGB-Objekts Schloßstrasse/Ecke Wilhelmstraße: „Wie uns das Hauptamt Verwaltung der DDR mitteilt, hat die SKK in Deutschland das oben angeführte Grundstück am 25.1.1951 der Regierung der DDR übergeben. Das Grundstück ist mit Wirkung vom gleichen Tage dem MfS, Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße Nr. 22, zur Verwaltung und Nutzung zugewiesen worden.“⁷⁷ In diesem Gebäude, an dessen Straßenfront die zugemauerten Kellerfenster mit winzigen

⁷⁶ Heute befindet sich in dem Komplex die Katholische Fachhochschule für Sozialwesen. Der ehemalige Zellentrakt im Keller beherbergt eine Bibliothek.

⁷⁷ LAB, C Rep. 105, Nr. 19837.

Luftöffnungen noch heute gut sichtbar sind, befand sich dann viele Jahre die MfS-Kreisdienststelle Lichtenberg der Verwaltung Groß-Berlin/Bezirksverwaltung Berlin. Der Berliner Stasi wurde ebenso das Kellergefängnis im Haus 3 der Prenzlauer Allee 63 sowie die Gebäude in der Hasselwerderstraße 38-40 und in der Metzstraße 77-81 zur Verfügung gestellt. Das „U-Boot“ in Berlin-Hohenschönhausen übernahm 1951 der zentrale Apparat des Stasi-Ministeriums. Gleiches geschah bereits 1950 mit dem im November 1949 vom MGB verlassenen Gebäude Albrechtstraße 26 in Berlin-Mitte.

Ab Frühjahr 1951 betrieb die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin nur noch den neu eingerichteten Haftkeller im Sperrgebiet Karlshorst und das Gefängnis Nr. 6 in der Lichtenberger Magdalenenstraße. Beide Einrichtungen waren direkt der zentrale Untersuchungsabteilung „OS“ des MGB-Bevollmächtigten unterstellt.

Ab Mai 1950 tagte in der Lichtenberger Haftanstalt das SMT des Truppenteils mit der Feldpostnummer 48240. Hinter dieser Zahlenreihe verbarg sich die Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland. Das SMT 48240 war in der DDR, wie bereits auch in der SBZ zuvor, das oberste sowjetische Militärgericht und agierte als Einspruchs- und Kontrollinstanz gegenüber den untergeordneten Armeetribunalen.⁷⁸ Bis 1952 fällte dieses Tribunal insgesamt 1112 Todesurteile (im Gefängnis Nr. 6 105). Bei den betroffenen Männern und Frauen, die ab 1950 im Butyrka-Gefängnis in Moskau exekutiert wurden, handelte es sich mehrheitlich um aktive Gegner des SED-Regimes und seiner sowjetischen Schutzmacht.⁷⁹

In Folge der Bildung von Bezirken als neue territoriale Verwaltungseinheiten wurden im Juni/Juli 1952 schließlich die Operativsektoren des MGB mit ihren zentralen Untersuchungsgefängnissen in den bisherigen Landeshauptstädten als regionale Struktureinheiten des sowjetischen Geheimdienstapparates in der DDR aufgelöst. Durch diese Entscheidung entfielen für das SMT 48240 die bis dahin wahrgenommenen auswärtigen Tagungstermine. Im Gefängnis Nr. 6 konzentrierten sich nunmehr weitestgehend die sowjetische Tribunaltätigkeit gegen deutsche Zivilisten und die Verkündung von entsprechenden OSO-Urteilen sowie der Abtransport der Häftlinge in die Vollzugsorte der DDR und der Sowjetunion.⁸⁰

⁷⁸ Andreas Hilger, Nikita Petrov, „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherheitsapparate in Deutschland, in: A. Hilger, M. Schmeitzner, U. Schmidt, Militärtribunale, Bd. 2 (wie Anm. 11), S. 109.

⁷⁹ A. Roginskij, F. Drauschke, A. Kaminsky, „Erschossen in Moskau...“ (wie Anm. 11).

⁸⁰ Nur noch in seltenen Fällen verurteilten Tribunale sowjetischer Truppenteile, wie die SMT 75462, 42289 und 08640, deutsche Zivilisten.

Am 20. September 1953 übergab die sowjetische Geheimpolizei auch die Magdalenenstraße an das MfS. Eine Vertragsurkunde trug die Unterschriften des Stellvertreters des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland Oberst Nikolai I. Makarow und des zweiten Mannes in der DDR-Geheimpolizei Staatssekretär Erich Mielke. Die „Freunde“ gaben das Verwahrgebäude in Berlin-Lichtenberg jedoch nicht vollständig frei. So wurde vereinbart, dass die sowjetischen Geheimpolizisten und Militärjuristen weiterhin Verhaftete in den Zellen 104 bis 130 in der vierten Etage des Gefängnisgebäudes unterbringen und den umfunktionierten Betsaal weiterhin als Gerichtssaal nutzen konnten. Die Bewachung und Versorgung dieser einsitzenden MWD-Gefangenen sollte jedoch zukünftig das „Staatssekretariat für Staatssicherheit des MfS der DDR“ mit übernehmen.⁸¹

Das ehemalige St. Antonius-Krankenhaus diente nach bisherigen Erkenntnissen noch zwei weitere Jahre als Untersuchungshaftstätte für deutsche Zivilisten. Im Oktober 1955 endete schließlich die von der sowjetischen Besatzungsmacht verantwortete Praxis der Militärgerichtsbarkeit gegen deutsche Bürger. Die vermutlich letzte Tribunalentscheidung – 18 Jahre Besserungsarbeitslager - erzielte den neunundzwanzigjährigen Fritz B. am 24. Oktober.⁸² Knapp einen Monat später wurde er aus der Magdalenenstraße zum Strafvollzug in das „Gelbe Elend“ nach Bautzen überführt.⁸³

Resümierend ist festzustellen, dass die Anzahl der sowjetischen Geheimpolizeigefängnisse in Berlin in den ersten Monaten nach Kriegsende am Größten war. Danach kam es zu einer Reduzierung der Standorte und zu einer teilweisen Spezialisierung der Hafteinrichtungen. Der Verstetigungsprozeß beim Betrieb der Gefängnisse ging einher mit der Einstellung der Opergruppen auf neue Tätigkeitsschwerpunkte im Kontext mit der voranschreitenden Sowjetisierung der SBZ. Mit der Gründung der DDR übernahm das MfS nicht nur schrittweise die Aufgaben des MGB, sondern zog auch in deren Repressionsstandorte ein. Insgesamt dürften etwa 30 bis 40.000 Deutsche die Berliner Untersuchungsgefängnisse von NKWD, Smersch und MGB durchlaufen haben.

⁸¹ P. Erler, „Tjurma Nr. 6“ (wie Anm. 44), S. 120.

⁸² A. Hilger, N. Petrov, Schmutzarbeit, (wie Anm. 11), S. 59.

⁸³ B. wurde am 10. November 1955 mit dem Vermerk „Fr[eun]d[e].“ im Lichtenberger Gefängnis eingeliefert. Sein Abtransport in das Zuchthaus Bautzen erfolgte am 22. November 1955. BStU, MfS, Abt. XIV 16775.

Anhang 1

„ Eilt sehr!

Polizei-Inspektion-Spandau
L – Kn/Schn.

Berlin-Spandau, den 27.6.45
Radelandstraße 21
Tel.: 42 30 28

An die
Reviervorsteher sowie deren Stellvertreter
der Polizeireviere Spandau

Geheim

Betr.: Kampf gegen den Faschismus.

Unser Kampf gegen den Faschismus und seine Überreste darf nie erlahmen.

Es ist notwendig, neben unseren allgemeinen polizeilichen Aufgaben diesen Vernichtungskampf gegen die faschistische Idee unerbittlich bis zu Ende durchzuführen. Dazu gehört neben der antifaschistischen ideologischen Einwirkung auf das deutsche Volk nach wie vor die Aufspürung der faschistischen Funktionäre aller Art sowie die Registrierung sämtlicher faschistischer Mitglieder.

Als Sofortmaßnahme befehle ich:

Die Ermittlung und Registrierung der folgenden Personen.

- 1) Führer der NSDAP sowie deren Gliederungen (Zellen-, Block-, Ortsgruppen-, Kreis-, Gau- und Reichsleiter)
- 2) Mitglieder und Funktionäre der SS restlos ohne Ausnahme.
- 3) SA- u. Volkssturmfunctionäre aller Gliederungen dieser Organisationen incl. NSKK, Reitersturm.
- 4) Bewachungspersonal der Gefängnisse, Konzentrationslager, Zuchthäuser und Kriegsgefangenen-Lager.
- 5) Richter, Staatsanwälte, sämtliche Gestapo-Beamten und Agenten.
- 6) Redakteure und Mitarbeiter faschistischer Zeitungen sowie Schriftsteller und verantwortliche Personen der Literatur und faschist.[ischen] Kunst.
- 7) Alle Wehrmachtsoffiziere vom Leutnant aufwärts.
- 8) Agenten und Spione, die im Dienste der faschistischen Regierung und ihrer Organe im Ausland gearbeitet haben und z. Zt. Wieder zurückgekehrt sind.
- 9) Emigranten aus den östlichen Ländern, die im Dienste des Faschismus ihr Handwerk ausgeübt haben und sich z. Zt. Noch hier aufhalten.
- 10) Sämtliche Soldaten und Offiziere der früheren „Wlassow-Armee“.

Alle diejenige n o.a. Personen, gegen die konkret belastendes Material vorliegt, sind unter Beifügung des Materials sofort zu verhaften und der Inspektion zuzuführen.

Neben diesen Feststellungen und Festnahmen sind Restaurants und Vergnügungsstätten sowie die Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften zu überwachen und festzustellen, was im einzelnen dort gesprochen wird.

Personen, die faschistische oder faschistisch ähnliche Äusserungen machen, sind sofort festzustellen und bei Verdunkelungsgefahr oder Fluchtversuch festzunehmen.

Ich lege den grössten Wert darauf, dass alle noch aktiven Elemente des Faschismus unschädlich gemacht werden.

Ich hoffe, dass die gesamte Polizei in den nächsten Tagen auf diesem Gebiet restlos eingespannt wird.

Verteiler:
Reviere = 11
Krim.Pol. = 1
H. Dobruns = 1
H. Saydowski = 1
Sekret. = 1“

Leiter der Polizei-Inspektion Spandau
(*Stempel des Fahndungsdienstes*)
(*Unterschrift*)

Quelle: Landesarchiv Berlin, F Rep. 280.

Anhang 2

Aus einem Geheimvortrag des Ministers der Staatssicherheit der UdSSR, W. S. Abakumov, vor J. W. Stalin über die beim MGB praktizierten Verhörmethoden, 17. Juli 1947.

(...)

4. Beim Verhör des Verhafteten bemüht sich der Vernehmer, von diesem wahrhaftige und aufrichtige Aussagen zu erhalten, die nicht nur auf die Feststellung der Schuld des Verhafteten selbst zielen, sondern auch auf die Enthüllung all seiner verbrecherischen Kontakte, ebenso der Personen, die seine verbrecherische Tätigkeit angeleitet haben sowie ihres feindlichen Gedankengutes. Mit diesem Ziel bietet der Vernehmer in den ersten Verhören dem Inhaftierten an, offen über alle verübten Verbrechen gegen die Sowjetmacht auszusagen und all seine verbrecherischen Kontakte offenzulegen; während dieser Zeit werden die Beweismaterialien, die gegen ihn [den Inhaftierten] existieren, im Interesse der Untersuchung nicht vorgelegt. Dabei studiert der Vernehmer den Charakter des Inhaftierten; einerseits bemüht er sich, ihn durch Erleichterungen des Haftregimes für sich einzunehmen, in dem er die Übergabe von Lebensmitteln durch Angehörige ermöglicht, das Lesen von Bücher erlaubt, die Freigänge verlängert usw., andererseits verstärkt er den Druck auf den Inhaftierten, indem er ihn auf die strenge Verantwortung für die von ihm verübten Verbrechen im Falle des Nichtanerkennens der Schuld hinweist; schließlich wird die Methode der Überzeugungsarbeit angewandt, unter Ausnutzung der religiösen Überzeugungen des Inhaftierten, den familiären und persönlichen Bindungen, Ehrgefühl, Eitelkeit usw.

Wenn der Inhaftierte keine aufrichtigen Aussagen macht und bei den gestellten Fragen vor direkten und wahrhaftigen Antworten zurückweicht, verwendet der Vernehmer im Sinne des Drucks auf den Inhaftierten kompromittierende Informationen aus dem Vorleben und der

Tätigkeit des Inhaftierten, die den Organen des MGB zur Verfügung stehen und die der Inhaftierte verheimlicht.

Manchmal erinnert der Vernehmer den Inhaftierten an verschiedene intime Einzelheiten aus seinem Privatleben, an Laster, die er vor seiner Umgebung verbirgt etc., um den Inhaftierten zu überlisten und bei ihm den Eindruck zu erzeugen, dass die Organe des MGB über alles Bescheid wissen. (...)

7. Gegenüber denjenigen Inhaftierten, die sich den Anforderungen des Ermittlungsverfahrens hartnäckig widersetzen, sich provokativ verhalten und mit allen Mitteln versuchen, die Ermittlungen zu verschleppen oder vom richtigen Weg abzubringen, werden strenge Arrestmaßnahmen angewandt. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- a) Überführung in ein Gefängnis mit schärferen Haftregime, wo die Schlafzeit gekürzt und die Existenz des Inhaftierten in Sachen Ernährung und anderer Alltagsbedürfnisse verschlechtert ist;
- b) Unterbringung in Einzelhaft;
- c) Streichung des Freigangs, der Lebensmittelübergabe und des Lesens von Büchern;
- d) Überführung in den Karzer bis zu einer Frist von 20 Tagen.

Anmerkung: Im Karzer befinden sich außer einem am Boden angeschraubten Hocker und einer Schlafstelle ohne Bettzeug keine anderen Gegenstände; die Schlafstelle wird für sechs Stunden innerhalb von 24 Stunden zur Verfügung gestellt; den Häftlingen, die im Karzer festgehalten werden, erhalten am Tag nur 300g Brot und heißes Wasser und einmal in drei Tagen heiße Nahrung; Rauchen ist im Karzer verboten.

8. Im Zusammenhang der Ermittlungen zur Entlarvung von Spionen, Diversanten, Terroristen und anderen aktiven Feinden des sowjetischen Volkes, die unverfroren die Preisgabe ihrer Komplizen verweigern und keine Aussagen über ihre verbrecherischen Aktivitäten machen, wenden die Organe des MGB in Übereinstimmung mit der Anweisung des ZK der KPdSU(b) vom 10. Januar 1939 Maßnahmen physischer Gewalt an (...).

Quelle: Zeitschrift „Quelle“, Moskau 1994, Heft Nr. 6, S. 112-114 (russisch).

Anhang 3

Standorte der Berliner NKWD-Operativgruppen beziehungsweise MGB-Stadtbezirksabteilungen und der dazugehörigen Gefängnisse 1945 – 1951⁸⁴

(Fragliche oder nicht verifizierbare Angaben hinsichtlich des Standort aus russischen Quellen in kursiver Schrift)

Operativgruppe Nr. 1/Abteilung Mitte

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Mitte, Anfang 1951 aufgelöst

-Oderberger Straße 24-25 (Gebäude der Feuerwehr), Prenzlauer Berg

Mai-Ende Juni 1945

-Kleine Alexanderstraße 21-24 (Gebäude Polizeipräsidium), Mitte

Anfang Juli 1945 - März 1946

-Gleimstraße 21, Prenzlauer Berg (Wohnhaus)

März-Juli 1946

-Am Kupfergraben 7 (Magnushaus), Mitte

Juli 1946 – September 1949

-Prenzlauer Alle 63/Ecke Nordmarkstraße 17, (heute Fröbelstraße 17), Haus 3, Prenzlauer Berg

September 1949 – Anfang 1951

danach Nutzung durch Verwaltung Groß-Berlin des MfS

Operativgruppe Nr. 2/Bekämpfung Banditentum/Operativgruppe Nr. 2

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 02.05.1945, aufgelöst am 25.06.1945, der Arbeitsbereich wurde an die Operativgruppe Nr. 7 übergeben, als Operativgruppe Bekämpfung Banditentum am 26.12.1945 neu gebildet, Anfang Februar 1946 erneut Umbenennung in Operativgruppe Nr. 2, ab Ende Dezember 1946 nicht mehr erwähnt, vermutlich Januar 1947 aufgelöst

-Wilhelmstraße 2 oder 30, Mitte (für Tiergarten)

Mai – Juni 1945

-Kleine Alexanderstraße 21-24, Mitte

Dezember 1945 – 1946

Operativgruppe Nr. 3

Gebildet am 22.04.1945, im September 1945 aufgelöst, Neubildung am 19.03.1946 durch Umbenennung der Operativgruppe Nr. 8, Auflösung Juli 1946

-Müllerstraße 126 oder 128 (Wohnhäuser) Wedding

Mai 1945 – 29. Juni 1945

-Berliner Straße 24 (Wohnhaus), Pankow

29. Juni – September 1945

-Falkensee, Kantstraße 72

März – Juli 1946

Operativgruppe Nr. 4/Abteilung Prenzlauer Berg

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Prenzlauer Berg, aufgelöst Anfang

⁸⁴ Die Aufstellung über die Operativgruppen basiert im Wesentlichen auf Angaben von Nikita Petrow, auf Hinweisen in Unterlagen des Landesarchives sowie auf den vielfältigen Mitteilungen betroffener Zeitzeugen. Vgl.: N. Petrow, Wer diente in den sowjetischen Organen der Staatssicherheit in Deutschland (wie Anm 14).

1951

-Prenzlauer Alle 63/Ecke Nordmarkstraße 17, (heute Fröbelstraße 17), (Gesundheitsamt)
Haus 3, Prenzlauer Berg
Mai 1945-Anfang 1951

Operativgruppe Nr. 5/Abteilung Friedrichshain

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Friedrichshain, aufgelöst Januar 1951

-Gärtnerstraße 6, Friedrichshain (Wohnhaus)

Mai – Juni 1945

-Holteistraße 26-30, Friedrichshain (Wohnhaus)

Juli 1945 – 28.11.1949

- Schloßstrasse4/Ecke Wilhelmstraße 30 (heute Am Tierpark 29/Ecke Alfred-Kowalke-Straße 30), Friedrichsfelde, Lichtenberg (Bauamt)

28.11.1949 – Januar 1951

danach Nutzung durch Kreisdienststelle Lichtenberg des MfS

Operativgruppe Nr. 6

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im November 1945, Neubildung im März 1946 durch Umbenennung der Operativgruppe Nr. 11, aufgelöst am 20.11.1946

- Flanzinstraße 26, ev. Fidicinstraße, Kreuzberg

Mai – Juni 1945

Werk Wassergasse, ev. Wassergasse, Mitte

04. – 25.07.1945

-Treptower Chaussee 49 (heute Puschkinallee 49) (Wohnhaus) (der Eingang befand sich Am Treptower Park 27), Treptow

25. Juli – Nov. 1945

-Am Kupfergraben 7, Mitte

März – Juli 1946

-Gleimstraße 21, Prenzlauer Berg (Wohnhaus mit Geschäftsräumen)

Juli-August 1946

-Elsässerstraße 8, (heute Torstraße 141) Mitte (Wohnhaus und Gewerberäume)

August – 20.11.1946

Operativgruppe Nr. 7

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, September 1945 Umbildung in 1. Abteilung ZOS, Neubildung im 20.02.1946 durch Umbenennung der Operativgruppe Nr. 12, aufgelöst August 1946

-Kaiserdamm 1, Charlottenburg (Polizeiamt)

April – Juni 1945

-Marienstraße 23 und 30 (Wohnhaus, Gewerberäume) Mitte

Juni – September 1945

-Kleinmachnow, Ginsterheidestraße 21

20.02.1946 – August 1946

Operativgruppe Nr. 8

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, im März 1946 umgewandelt in Operativgruppe Nr. 3

-Falkenhagener Straße 33 (Mietshaus), Spandau

27. April 1945 - 29. Juni 1945

-Falkenhagener Straße 53, Falkensee

29. Juni 1945 – März 1946

Operativgruppe Nr. 9 (Wilmerdorf)

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, September 1945 Zusammenlegung mit der Operativgruppe Nr. 8, erneut eingerichtet am 20.03.1946 durch Umbenennung der Operativgruppe Nr. 20, Auflösung am 25.07.1946

-Kaiserallee 89 (heute Bundesallee 89), Friedenau, Schöneberg (Stammsitz der Askania-Werke AG)

28. April - Juni 1945

-Groß Glienicke

Juli – September 1945

-Glienicke/Nordbahn, Hohenzollernstraße 151, dann *Linienstraße 55*

20.03. – 25.07.1946

Operativgruppe Nr. 10

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 04.05.1945, Auflösung November/Dezember 1946

- Kronprinzenallee 350, Wohn- und Geschäftshaus (heute Clay Allee), Stadtbezirk Zehlendorf
04.05. – 29.06.1945

- Teltow

29.06. – Anfang August 1945

- Magdalenenstraße 11, Lichtenberg (Wohnhaus)

Anfang August – September/Oktober 1945

- Genslerstraße 8-10, Freienwalder Straße 17-19 Hohenschönhausen, Weißensee (Fabrik für Drahtgeflechte J. Berthoty, Verwaltungsgebäude Fleischmaschinenfabrik Richard Heike)

September/Oktober 1945 - etwa Dezember 1946

Operativgruppe Nr. 11

Gebildet am 22.04.1945, März 1946 umbenannt in Operativgruppe Nr. 6

-Hauptstraße 125 (Gemeindehaus einer Baptistengemeinde) und 40 (Wohnhaus), Friedenau, Schöneberg

Mai - Ende Juni 1945

- Berlin-Mitte, Am Kupfergraben 7

30.06.1945 – März 1946

Operativgruppe Nr. 12

Gebildet am 22.04.1945, Arbeitsaufnahme am 27.04.1945, am 20.02.1946 umbenannt in Operativgruppe Nr. 7

-Lepsiusstraße 104, Steglitz (Wohnhaus)

27. April 1945 - Ende Juni/Anf. Juli 1945

- unbekannter Standort

Ende Juni/Anf. Juli 1945 – 21.08.1945

- Teltow, Fritz-Reuter-Straße, dann *Agentstraße*, ev. Arndtstraße, dann Kantstraße 53 (heute Hauffstraße 30), „Arco-Villa“.

21.08.1945 – 20.02.1946

Operativgruppe Nr. 13

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im August 1945

-Kaiserin-Augusta-Straße 53 (Wohnhaus), Tempelhof

April/Mai - Juni 1945

-Mahlow, Blücherstraße 10 (heute Ernst-Thälmann-Straße)

01.07. – August 1945

Operativgruppe Nr. 14

Gebildet am 22.04.1945, aufgelöst im August 1945

-Schönstedtstr. 17, Neukölln (Seitenflügel des Amtsgerichtsgebäudes Neukölln, Gefängnis)
April/Mai – Ende Juni/Juli 1945

-Treptow, *Am Treptower Park 4*, vermutlich Treptower Chaussee 49 (heute Puschkinallee 49)
August 1945

Operativgruppe Nr. 15/Abteilung Treptow

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Treptow, Anfang 1951 aufgelöst

-Marientaler Straße 4, Britz, Neukölln oder Baumschulenweg, Treptow
(Mai – 29.06.1945)

-Hasselwerderstraße 38-40 (Fabrikantenvilla „Villa Obrikat“), Niederschöneweide, Treptow
29.07.1945 – Anfang 1951

danach Nutzung durch Kreisdienststelle Treptow des MfS

Operativgruppe Nr. 16/Abteilung Köpenick

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Köpenick, Anfang 1951 aufgelöst

-Hasselwerderstraße 38-40, Niederschöneweide, Treptow
Mai – Juni 1945

-Elisabethstraße 23 (heute Pohlestraße 13), Köpenick (Gastwirtschaft)
01.07. – Ende Sept. 1945

-Charlottenstraße 18, Köpenick (Wohnhaus)
September 1945 – 29.04.1947

-Wilhelm-Bölsche-Straße 110 (heute Bölschestraße 110) (Wohnhaus)
29.04.1947 – 30.10.1949

-Luisenstraße 27, (Wohnhaus mit Gewerberäumen)
30.10.1949 - 15.04.1950

-Hasselwerderstraße 38-40, Niederschöneweide, Treptow
15.04.1950 – Anfang 1951

Operativgruppe Nr. 17/Abteilung Lichtenberg

Gebildet am 22.04.1945, am Januar 1951 aufgelöst

-Miquelstraße 1 (heute Zachertstraße 2), Lichtenberg (Wohnhaus)
April/Mai 1945

-Walderseestraße 22, (Archenholdstrasse 39), Berlin-Friedrichsfelde, Lichtenberg
(Wohnhaus)

Juni-August 1945

-Schloßstrasse4/Ecke Wilhelmstraße 30 (heute Am Tierpark 29/Ecke Alfred-Kowalke-Straße
30) (Bauamt), Friedrichsfelde, Lichtenberg

Sept. 1945 – Jan. 1951

Operativgruppe Nr. 18/Abteilung Weißensee

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Weißensee, Januar 1951 aufgelöst

-Lemgoer Straße 4-6, Weißensee (Wohnhaus)
Mai 1945 – Ende 1947

-Metzstraße 77-81 (ab 1951 Gounodstraße 49-57), Weißensee
Jan. 1948 - Januar 1951 (Verwaltungsgebäude einer Fabrik)

danach kurzzeitig Nutzung durch Kreisdienststelle Weißensee des MfS

Operativgruppe Nr. 19/Abteilung Pankow

Gebildet am 22.04.1945, 20.11.1946 Abteilung MGB Pankow, Januar 1951 aufgelöst
-Neue Schönholzer Straße 34 (Wohnhaus), Pankow
Mai 1945 – 1949
-Metzstraße 77-81 (ab 1951 Gounodstraße 49-57), Weißensee
1949 – Januar 1951

Operativgruppe Nr. 20

Gebildet am 22.04.1945, am 20.03.1946 in Operativgruppe Nr. 9 umbenannt

-Alt-Tegel 10 (Wohnhaus), Tegel, Reinickendorf

Mai – 25. Juni 1945

-Glienicke/Nordbahn, *Hohefeldstraße 157 oder Hohenzollernstraße 157*

25. Juni 1945 – 20.03.1946